

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Post- und Versammlungsinserate kosten pro Zeile 25 Pf. — Geschäftsinsereate werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: H. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, hienlich in Bochum, Wiemelshauer Straße 88-42. Telefon-Nr. 68 u. 69. Telegr.-Adr.: Altkohlen Bochum.

### Wieder eine Massenkatastrophe auf Minister Achenbach.

18. Dezember 1912: 43 Tote 10 Verletzte, 30. Januar 1914: 23 Tote 8 Verletzte.

Auf Bege Minister Achenbach, welche der Firma Gebr. Stumm gehört, hat sich am 30. Januar, nachmittags 6 1/2 Uhr, schon wieder eine Schlagwetterexplosion ereignet, wodurch 28 Personen getötet und 8 verletzt wurden. Die Schlagwetterexplosion, welche sich am 18. Dezember 1912 ereignete, wodurch 48 Personen getötet und 10 verletzt wurden, nahm ihren Ausgang in Flöz 18, Revier 10, dritte Sohle. Der Herd der diesmaligen Schlagwetterexplosion liegt im Flöz 19, dritte Sohle, Revier 6, in der Bauabteilung, die sich direkt am südlichen Querschlag befindet. Ungefähr 10 Meter vom Hauptquerschlag entfernt, befindet sich ein Bergwerk, in dem etwa 45 Grad einfallenden Flöz, in dem sich 5 Betriebspunkte — Streben — befinden. Hier fiel der größte Teil der Opfer. Durchschnittlich waren in jeder Strebe 3 Mann beschäftigt. Außer diesen sind noch der Bremser am Luftkessel und die beiden Abnehmer getötet worden. Die Nachschwaben gingen über die Teilschöte nach Flöz 21 und von da nach der zweiten Sohle, wo 2 Mann getötet wurden. Der Explosionsschlag ging ferner dem einziehenden Wetterstrom entgegen und tötete bzw. verletzte 5 Mann. Unter den hier getöteten befand sich der Fahrsteiger *Meinhard* und der Steiger *Dieckhoff*, die sich bei einem vollen Zuge befanden. Die Nachschwaben und der Luftstoß haben sich auf der zweiten Sohle, Revier 12, noch bemerkbar gemacht und Verletzungen verursacht. Im Flöz 21, dritte Sohle, welches zum gleichen Steigerrevier gehört wie die Unglücksstelle, hat sich der Schlag ebenfalls bemerkbar gemacht. Der Rettungsweg war den dort beschäftigten Leuten nach oben und unten eine zeitlang abgeschnitten. Die schiefen Wetter, die vom Schacht aus an Flöz 19 vorbeifamen, brachten auch stark verdünnte Nachschwaben mit. Aber die Leute konnten nach einiger Zeit hindurchkommen und sich in Sicherheit bringen.

Die Schlagwetterexplosion ist auf die eine Bauabteilung im Flöz 19 beschränkt geblieben, hat sich also nicht so weit ausgebreitet wie die vorhergehende. Aber auch die Ausdehnung auf fünf Betriebspunkte hat Verheerungen genug angerichtet und man muß sich fragen, wie war das möglich? Darüber läßt sich Bestimmtes noch nicht sagen. Jedenfalls liegen auch hier Mängel und Verstöße vor, die sich aus dem ganzen Betriebssystem erklären.

Wir konnten nicht feststellen, wodurch die Entzündung der Schlagwetter erfolgte. In den letzten Tagen fehlte es an dem dort gebrauchten Sicherheitsprengstoff Kobalt und es wurde dafür Sicherheitsdynamit herangezogen. Aber auch dieser gilt als Schlagwettergefährlich, soweit davon überhaupt geredet werden kann. Möglich ist auch, daß der elektrische Strom durch die Wasserleitungsrohre in die Abbaubetriebe geleitet wurde und dort vorhandene Schlagwetter zur Entzündung gebracht hat. Dafür spricht auch die Beobachtung einer Kameradschaft aus Flöz 21. Danach war der elektrische Strom ausgesetzt und als er wieder eingeschaltet wurde, erfolgte die Schlagwetterexplosion. Auch auf anderen Begeh ist von Bergleuten beobachtet worden, daß, wenn die elektrische Leitung mit den Wasserleitungsrohren in Verbindung kommt, der Strom überleitet wird in die Bauabteilungen. Darin liegt eine bisher wohl weniger beachtete Gefahr, der aber unbedingt größere Aufmerksamkeit geschenkt werden muß.

Wichtiger wie die Frage nach den Entzündungsursachen ist jedoch die Frage, wie war es möglich, daß sich soviel Schlagwetter ansammeln konnten? Wir können da nur wiederholen, was wir bei allen Massenkatastrophen gesagt haben: Die Quelle allen Übels ist das herrschende Betriebssystem. Die Arbeiter in den Betrieben erhielten nur die Kohlen bezahlt. Sie mußten in ihren Strecken die Reparaturarbeiten machen; kurz gesagt, alle Nebenarbeiten waren im Kohlengebirge eingeschlossen. Durch diese Art der Bezahlung werden die Arbeiter dahin gedrängt, die Nebenarbeiten auf Kosten der Kohlenförderung zurück zu lassen. Wenn bei anderer Bezahlung ein Holz, sobald es zerbrochen ist, ausgewechselt wird, warten die Arbeiter bei reinem Kohlengebirge, bis es umgefallen ist. Die heruntergefallenen Kohlen werden ja bezahlt. Dabei entstehen an der oberen Seite der Strecke große Wäber, die im vorchriftsmäßigen Betrieb ausgefüllt werden müssen. Aber das wird nicht entsprechend bezahlt, denn nur die Kohlengewinnung ist im Gebirge enthalten. Die Leute decken daher hinter den Stempeln nur ab und dahinter bleiben die Kohlräume offen, in denen sich die Schlagwetter sammeln. Hier sind die Leiter des Feuereschlages zu suchen. In diesem Punkte ist auf Bege Minister Achenbach sicher gefehlt worden. Würden die Reparaturarbeiten und Nebenarbeiten extra bezahlt, wären die Arbeiter nicht darauf angewiesen, nur möglichst viel Kohlen zu fördern, könnten all diese Gefahrenquellen beseitigt werden. Aber die Treiberel, die Jagd nach Kohlen ist auf Minister Achenbach groß. Kohlen, Kohlen und wieder Kohlen, so jagt alles vom obersten Beamten bis zum letzten Förderaufseher. Schon wiederholt haben wir in unserer Zeitung auch darauf hingewiesen, daß der Wettersteiger auf Minister Achenbach auch zugleich Fahrsteiger ist. Das haben wir auch aus Anlaß der letzten Katastrophe am 18. Dezember 1912 getan, trotzdem besteht dieser Zustand weiter, obwohl darin eine große Gefahr für die Sicherheit des Betriebes liegt. Wäre der Wettersteiger unabhängig von der Kohlenförderung, könnte er selbstverständlich der Wetterwirtschaft größere Aufmerksamkeit schenken, diese würde dadurch nur gewinnen. Aber niemand kann zwei Herren dienen, auch der Fahr- und Wettersteiger Buschmann nicht. Vereintigt sich der Fahr- und Wettersteiger in einer Person, so muß das eine auf Kosten des andern vernachlässigt werden. Da aber die Kohlenförderung überall die Hauptsache ist, liegt es klar auf der Hand, daß der Wettersteiger nur zum Nachteil der Wetterwirtschaft auch zugleich Fahrsteiger sein kann.

Das Uebersehenunwesen ist auf Minister Achenbach ebenfalls sehr groß; 7, 8 Schichten verfahren die Kohlenhauer jede Woche. Schichtlöhner und Gesteinhauer dürfen die Ueberwächter nicht verfahren, die liefern ja keine Kohlen. Unter diesen Verhältnissen müssen selbstverständlich die Reparaturarbeiten zurückbleiben. Auch darunter leidet die Sicherheit des Betriebes. Die Temperatur ist ziemlich hoch, die Arbeiter verrichten ihre Arbeiten halbnackt. Bei dieser hohen Temperatur werden die Arbeiter an und für sich schon viel schneller erschöpft, die vielen Ueberwächter wirken unter diesen Umständen direkt abtölpelnd. Darin liegt eine große Gefahr für die Sicherheit des Betriebes.

Eine schwere Gefahr liegt auch in der großen Zahl der

ungelernten oder nicht genügend erfahrenen Arbeiter, die als Hauer und Lehrhauer beschäftigt werden. Ausländische Arbeiter, die noch keine Grube von außen, geschweige denn von innen gesehen hatten, wurden mit Hauer- und Lehrhauerarbeiten beschäftigt. Das heißt doch die Fahrlässigkeit auf die Spitze treiben!

Wiederholt haben wir uns auch mit der Behandlung befaßt, die den Sicherheitsmännern zuteil wird. Aber geholfen hat es nicht. Beim Märzstreik 1912 hat man sich drei der unangenehmsten Mahner vom Hals geschafft. Aus Anlaß der letzten Katastrophe schreiben wir hierüber in Nr. 52 der „Bergarb.-Ztg.“ vom 28. Dezember 1912:

„Einer der Sicherheitsmänner wurde geprügelt, daß sein Lohn als Hauer auf etwa 4 Mark pro Schicht herabsank. Damit aber noch nicht genug, hat man sich bei unbehaglichen Mahner aus Anlaß des Streiks entleert, sie wurden entlassen. Alle anderen Arbeiter wurden wieder eingestellt, nur den drei Sicherheitsmännern wurde die Entlassung ausgeschrieben. Auf seiner anderen Rede bekamen sie Arbeit und waren gezwungen, nach dem neuen Katalog bei Mühlhausen im Elbtaal abzuwandern. Sie wurden dadurch wirtschaftlich ruiniert und waren mit ihren Familien jedenfalls verhungert, wenn sich unser Verband nicht der Verurteilung angenommen hätte.“

Durch diese Vorkommnisse und andere Erfahrungen sind die Sicherheitsmänner so eingeschüchtert, daß sie es kaum noch wagen, Eintragungen zu machen. So hatte z. B. ein Sicherheitsmann pflichtgemäß eine Eintragung gemacht, was die Bestrafung einiger Arbeiter zur Folge hatte. Daraufhin wurde von einem Beamten zu den Arbeitern gesagt, an der Bestrafung ist nur der Sicherheitsmann schuld. So werden selbst die Arbeiter gegen die Sicherheitsmänner aufgehetzt. Der Zweck der Uebung aber ist, die Sicherheitsmänner sollen eingeschüchtert werden, nicht mehr einzutragen. Dieses Ziel ist nicht nur auf Minister Achenbach, sondern allenthalben fast erreicht. Nur die rückgratfestesten Sicherheitsmänner wagen es noch, Eintragungen zu machen und müssen dafür einen wahren Golgathaweg gehen.

So reißt sich eins ans andere und man muß sich unter diesen Umständen nur wundern, daß sich nicht noch mehr Massenkatastrophen ereignen. Seit Jahrzehnten haben wir schon auf diese Zustände aufmerksam gemacht und Reformen gefordert, aber umsonst. Wir aber fragen immer erneut wieder: Darf das so weiter gehen? Soll sich weiter Massengrab an Massengrab reihen? Will man dem entsetzlich steigenden Blutmeer im Bergbau nicht Einhalt gebieten?

Ungeheuer ist die Zahl der Menschenopfer, die auf dem Schlachtfeld der Bergarbeit fallen. Aber nur wenn Massenkatastrophen sich ereignen, erinnert man sich vorübergehend des Bergmanns, der unter Todesgefahren die Schätze hebt, die für unsere Kulturmenschenheit unentbehrlich sind. Die ungleich größere Zahl der Einzelopfer bleibt unbeachtet. Bei Massenkatastrophen geben selbst die Scharfmacherorgane „ihrem tiefsten Bedauern und ihrer schmerzlichen Teilnahme Ausdruck“ die einen wirksamen Bergarbeiterstreik in schärfster Weise bekämpfen. Abgeschmackte Heuchelei! Mit dem tiefsten Bedauern und der schmerzlichsten Teilnahme ist aber, selbst wenn es ehrlich gemeint ist, den Bergleuten und ihren Angehörigen nicht geholfen. Lasse man doch all den schönen Worten auch die entsprechenden Taten folgen.

### Halt mit der Sozialpolitik.

Auf diesen Ton war die Rede gestimmt, die der Herr Staatssekretär des Reichsamtes des Innern, Herr Dr. Delbrück, am 20. Januar 1914 im Reichstag hielt, und die ihm den jubelnden Beifall auch der Reichscharfmacher einbrachte, denen — wie der „Bergknappe“ schrieb — jedes Recht der Arbeiter ein Greuel ist. Herr Dr. Delbrück führte nach der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ (Nr. 21 vom 25. Januar) u. a. aus:

„Es ist aber ebenso unsere selbstverständliche Pflicht, sowohl des Reichstages als auch der Regierung, sich nicht zu weit treiben zu lassen. Eine verständige Sozialpolitik, ich betone verständig, ist nach meiner Auffassung eine der Kräftequellen für das Deutsche Reich. (Beifall.) Unter einer verständigen Sozialpolitik verstehe ich eine solche, die nicht nur dem Arbeiter, sondern auch dem Arbeitgeber das Seine gibt, die ihm das Maß von wirtschaftlicher und moralischer Selbstbestimmung läßt, um die großen Aufgaben zu erfüllen, die unsere Industrie bisher erfüllt hat und in Zukunft in noch höherem Maße erfüllen muß, um ihre stolze Stellung in der Welt zu behalten. (Beifall.) Eine verständige Sozialpolitik muß in den Grenzen des wirtschaftlich Möglichen bleiben. (Beifall.) Der Umfang der Betätigung auf sozialpolitischem Gebiet muß im Einklang stehen mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik. (Beifall; Zuruf bei den Sozialdemokraten: Phrasen!) Das sind keine Phrasen. Sie werden mir doch zugehen, daß jemand auch anderer Meinung sein kann als Sie, (Weiterer Widerspruch rechts) und daß es Pflicht der Regierung ist, die Dinge anders zu beurteilen als Sie (Großer Beifall rechts), da die Regierung nicht die Interessen einer einzelnen Partei, sondern die Interessen der Gesamtheit wahrnimmt. (Lebhafter Beifall; Zuruf bei den Sozialdemokraten: Recht der Unternehmer!) Ob Sie mich knecht der Unternehmer oder jomjwie

nennen, ist mir ganz gleichgültig; es wird mich nicht hindern, das zu tun, was ich für richtig halte.“ (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ nennt die Rede „groß und allseitig beachtenswert“ und fügt hinzu:

„Man wird dem Minister für diese mannhaften Worte in den Kreisen der deutschen Arbeitgeber Dank wissen und zwar um so mehr, je fester im Reichstag von verantwortlichen Stellen dieser Seite der Reiballe Gerechtigkeit widerfährt.“

Dieselben rücksichtslosen Scharfmacher, die in der bekannten Geheimkonferenz der Ministerstürzer am 6. Februar 1909 im „Palast-Hotel“ in Berlin durch Herrn Berggraf Williger erklären ließen:

„Mir scheint es auch — wenn ich vertraulich hier reden darf —, daß es sich bei dieser Vorlage (Sicherheitsmännergesetz, D. Red.) hauptsächlich und endlich um die Stellung des Ministers (Dr. Delbrück, D. Red.) handelt. Man hat ihm von oben her die Pistole auf die Brust gesetzt. Ich bin nun der Ansicht, man muß dem Minister das Rückgrat stärken und ihm, wenn nicht anders, zu einem eleganten Abgang verhelfen. Wir wissen nicht, wie der nächste Minister einmal sein wird, aber wenn wir den Herren immer wieder das Rückgrat stärken, indem wir treu auf unserem Standpunkt beharren, und es geht vielleicht der zweite, dritte, vierte und fünfte, dann wird sich das Blättchen schließlich doch zu unseren Gunsten wenden. Ich glaube, wir sind schon im Uebergang begriffen.“

statten jetzt demselben Minister Dr. Delbrück in dieser Form feierlich ihren Dank ab. „Drücken Sie dem Minister da den Herrenstandpunkt ins Auge!“ rief Herr Geheimrat Uthe.

man damals. Das wirkte, aus dem Sicherheitsmännergesetz wurde nach dem Willen der rücksichtslosen Scharfmacher „weiße Salbe“. Heute triumphiert dieses Scharfmacheramt auf der ganzen Linie, Herr Delbrück kommandiert ihrem Willen gemäß: Halt mit der Sozialpolitik! Selbst die „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 21 vom 21. Januar) schreibt dazu:

„Sachlich bedeutet das von dem Staatssekretär verkündete Programm die völlige Unterwerfung der Regierung unter das Leipziger „Kartell der schaffenden Arbeit“. Dieser Bund zwischen Großagrarier und Schwerindustrie (den bedeutungslosen Reichsdeutschen Mittelstandverband hat man in Leipzig nur des Delorums halber hinzugenommen) beruht früher darauf, daß man sich gegenseitig die Bölle garantierte. Das genügt jetzt der mächtig verstärkten Schwerindustrie nicht mehr; so kam der Kampf gegen die Sozialpolitik hinzu. Und es ist die direkte Antwort an die Kontrahenten dieses Bündnisses, wenn Herr Dr. Delbrück erklärt, daß unsere sozialpolitische Gesetzgebung mit der Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung jetzt „einen gewissen Abschluß“ erreicht habe. Denn das bedeutet faktisch die Preisgabe einer mehr als dreißigjährigen sozialpolitischen Tradition. Es handelt sich ja nicht etwa bloß darum, daß man nach der Einführung der Angestelltenversicherung und nach der Reorganisation der Arbeiterversicherung jetzt der Industrie eine Ruhepause zur Eingewöhnung geben will; von der Summe der jährlich neu geschaffenen Beschäftigten hängt wirklich nicht die Qualität der Sozialpolitik ab. Aber auf den Welt kommt es an. Und der fehlt hier. Immer war es unser Ruhm, daß Deutschland mit der Sozialpolitik an der Spitze der Völker marschierte. Diesen Ruhm haben wir schon in den letzten Jahren eingebüßt: Englands ist uns mit tiefen Schritten nachgefolgt und hat uns, mit seinem Arbeitslosen- und seinem Minimallohn-gesetz, jetzt tatsächlich überholt. Aber Herr Dr. Delbrück sieht trotzdem keine Probleme, keine Aufgaben; er sieht nur den „Abschluß“ — und er sieht nicht, daß es einen Abschluß niemals geben kann, weil

Die Entwicklung immer neue Fragen schafft, die eine Lösung immer...

Dem „Parteil der schaffenden Stände“ — dieses meint die „Frankfurter Stg.“ — gegen die Sozialpolitik, gebet als...

Das „Parteil der schaffenden Stände“, in dem sich alle Schaffmacher...

Nicht nur die Sozialpolitik, sondern auch das Koalitionsrecht sind Kraftquellen, die Deutschland emporgesührt haben...

Table with 3 columns: Year, Coalitionsrecht, Sozialpolitik

Die Gesamtproduktion des Wöhler steigt danach von 350 000 Tonnen in 1855...

Table with 4 columns: Year, Arbeiterzahl, Betriebsgewinn, Wöhlerzahl

Table with 3 columns: Year, Betriebsgewinn, Wöhlerzahl

In der Zeit von 1906—1912 hat sich danach, trotz der „erdrückenden sozialen Lasten“...

Table with 3 columns: Year, Betriebsgewinn, Wöhlerzahl

Table with 3 columns: Year, Betriebsgewinn, Wöhlerzahl

Unter den „erdrückenden, unerträglichen sozialen Lasten“ und dem „unerhörten Terrorismus“...

Und doch erfordert das Gesamtinteresse immer gebietlicher, daß auch die Regierung...

„Kohlen-Syndikat, Kohlsyndikat und Stahlverband, sowie all die kleineren und größeren Verbände...“

Gegen diese jeder gesunden wirtschaftlichen Auffassung Sohn sprechenden Auswüchse, gegen den maßlosen Terrorismus...

Kardinal Ropp gegen die „christlichen“ Gewerkschaften.

Des Lebens ungeteilte Freude wird wirklich keinem „Christenführer“ zuteil, denn noch sind die Jubel- und Siegesstimmen über den Kölner Prozeß nicht verklungen...

Graf Oppersdorff hat den Fürstbischof Ropp unterm 19. Januar gebeten, ihm eine Darstellung über die Unklarheiten zu geben...

„Wie der Episkopat in seinem Anschreiben vom 5. November 1912, mit dem er die Enghylla „Singulari quodam“ veröffentlichte, hervorgehoben...

„die Weisungen des H. Vaters zugleich jenem in der Enghylla so nachdrücklich betonten Ziele dienen, zwischen katholischen und nicht katholischen Arbeitern den bürgerlichen Frieden und jene Eintracht zu erhalten...“

Dieses Streben und diese Erwartung leitete fortan alle weiteren Schritte der deutschen Bischöfe. Der Episkopat als solcher hielt sich von da ab fern...

In dieser Lage beschloßen die Führer, alle Letter der christlichen Gewerkschaften zu einer Generalversammlung nach Essen zu berufen. Vorher aber wandten sie sich an ihren langjährigen Freund, den hoch...

Zwei Arbeiterbriefe.

Gerade im vorigen Jahre bemühten sich die Patrioten Krampfhaft, das Preußen vor hundert Jahren herauszutreiben. Wie gegenwärtig aber die französische Revolution besonders für die Arbeiter gewesen war...

Der erste Brief stammt aus Berlin, dem Mittelpunkt des damals unerhört gefeierten Preußen, und der Inhalt ist, der Zeit angemessen, nichts als Ergebenheit und Unterwürfigkeit.

„Allerburchlauchtigster Großmächtigster König besonders Allergnädigster König und Herr!“

Wenn Ew. Königl. Majestät getreue Unterthanen zu Ew. Majestät Hüfen legen und um Gnade und Barmherzigkeit bitten, so glauben wir als Ew. getreue Unterthanen, wie auch zu sein uns bestreben zu können.

Wenn Ew. Königl. Majestät die große Gnade zu erlangen uns erlauben, unsere unterthänigste Bitte zu Ew. Königl. Majestät Hüfen zu legen in der Hoffnung und in dem kindlichen Vertrauen von Ew. Majestät Gnade und Hilfe zu erleben...

Wenn Ew. Königl. Majestät uns die Gnade gewähren und unser Bittschreiben das Landesväterliche Vertrauen widmen, so erdreissen wir uns unsere unterthänigste Bitte in Wehmütigkeit und kindlichem Vertrauen abzugeben.

Wir erinnern, das da die H. höchste Königl. Freiheit ergronnen allen Ausländern in denen Königl. Provinzen die große Freiheit zu erlangen und das da die Preußen noch sehr gering waren.

Die Königl. Preussischen Provinzen besonders die Residenz sich sehr mit Colonien bemächtigt hat und da jetzt da die Heuerung immer größer wird und die Ausländer die Staaten gänzlich verlassen müssen...

Wollt Ew. Majestät den großen und erhabenen Thron bestiegen, wir wagen es noch einzumalen Ew. Königl. Majestät zu bitten uns doch den Lohn zu erteilen, da man in Königsberg l. Br. bekommt, und wo nicht die Produkte so teuer sind wie hier...

Wir bitten unterthänigst um Gnade unsere unterthänigste Bitte uns zu willfahren worin wir beharren und uns Demütigen Ew. Königl. Majestät getreue Unterthanen und unterthänige Anredner im Namen des Gewerks Walesth. Kalkskopf.

Siga. Berlin, den 14. July 1799. Mitgefallen des Zimmergewerks sind anzutreffen in der Zimmerherberge in der Mittelstraße.

So mußten wir erhabenen Preußen die braven Arbeiter sich winden und laubdunkeln, wenn sie einige erbärmliche Pennige Lohn mehr herauszuschlagen wollten. Das waren geradezu ideale Zustände für die Herrschenden und Besitzenden.

Die Maurer und Zimmer Werk Gesellen dahier In den Major hiesiger Gemeinde Köln Bürger Maare!

Von jeher war es dahier angebracht, daß der Magistrat unsere Tagesgehälter festsetzte, schon im Jahre 1785 zu einer noch goldenen Zeit im Vergleich mit der jetzigen wurden dieselben einschließlic des Biergeldes auf 24 flüber pro Tag festgesetzt...

Unmöglich können wir hierüber länger bestehen, und dieses einzuführen bedarf man die jetzigen Zeiten mit jenen nur zu vergleichen, wo diese Tage bestimmt wurde, und es wird daher nicht nötig sein, wie teuer jeder Artikel der unentbehrlichen Bedürfnisse zu erwerben ist...

Wir bitten die Schreiner Gesellen mit 45 bis 50 flüber und die Schiffbauer mit 30 bis 60 flüber pro Tag bezahlet, so werden wir doch auch wohl ein besseres geschick verdienen...

Zwei Arbeiterbriefe, und beide aus Preußen. Aber welcher himmelweite Unterschied! Hier die Sprache des getretenen Unterthanen, dort der gemessene Ton des freien Bürgers.

russischen Knete in den „Befreiungskriegen“ hat freiwillig auch die Kölner Arbeiter in die alte Knechtschaft zurückgeschleudert.

Die gute alte Zeit der Kabinetsverordnungen und des Prügelstrahls als einst die Maurer Berlins sich weigerten, für den festgesetzten Lohn zu arbeiten, ließ der alte Fritz einfach einen herausgreifen und als warnendes Beispiel aufhängen.

Künstliche Kohle aus dem Holzdämpfer.

Im vorigen Jahre fand Prof. Dr.-Ing. Emil Geule (Darmstadt) im Kondensraum eines stehenden Holzdämpfers eine schwarz gefärbte Masse in gleichmäßiger dicker Schicht unterhalb des Stiebbodens. Sie war so hart, daß sie nur mit Hilfe eines Meißels zerhacken konnte.

Herrn Bischof von Paderborn, Dr. Schulte, und legten ihm ihre Lage dar. Der Bischof von Paderborn, eingebend der einseitigen Stimmung des Episkopats, der Enghilika eine möglichst friedliche und vertrauensvolle Aufnahme bei den Beteiligten zu sichern, unternahm es daher, die von den Gegnern am schärfsten hervorgehobenen und mißbrauchten Bestimmungen der Enghilika zu erläutern. Daß er sich hierbei von der äußersten Milde leiten ließ, widerspricht nicht den Absichten des Episkopats und erforderte die Lage der Dinge. Diese Erläuterung fand bei der hochwürdigsten Person am 20. November 1912 den Unterscheidener als dem berechtigten Vorliegenden der Bischofskonferenz zur Prüfung und Zustimmung. Mit einigen Änderungen konnte sie seine Arbeit als nicht gegen die Enghilika gerichtet, anerkennen und, da die christlichen Gewerkschaftsführer auf meine Zustimmung alles Gewicht legten, erteilte ich sie. Bei der Kürze der Zeit konnte diese Angelegenheit dem Gesamtepischopt nicht mehr vorgelegt werden; tatsächlich ist dessen Einverständnis auch nicht eingeholt worden. Nur wurde ihm nachträglich von der Sache Kenntnis gegeben, was er mit Stillschweigen aufnahm. Die in Essen zur Verteilung gebrachte Erläuterung des Episkopats ist also kein Beschluß des Episkopats, sondern eine Ausarbeitung des Herrn Bischofs von Paderborn, der ich, den dringenden Umständen nachgebend, zustimmte.

In Essen hätte man es danach in der Hand gehabt, den gewerkschaftlichen Standpunkt mit weiser Zurückhaltung und kluger Schonung des kirchlichen Empfindens zur Geltung zu bringen, bei der überaus milden Erläuterung des Bischofs von Paderborn, und so die Hoffnung des Episkopats zu rechtfertigen. Statt dessen erging man sich in Schroffen und herausfordernden Redewendungen, die die wohlwollenden Mitglieder des Episkopats völlig mißachteten und die angewandte Milde als nutzlos erwiesen, weshalb letztere auch an einer anderen kirchlichen Stelle nicht gebilligt wurde.

Aus diesen Vorgängen in Essen erkannte ich selbst, daß es Selbsttäuschung war, eine friedliche und verständende Wirkung der Enghilika zu erhoffen, und daher an den hochwürdigsten Herrn Bischof von Paderborn, daß ich diese Vorgänge tief beauernte und daher meine Zustimmung zu seinen Erläuterungen damit zurücknahm. Mein Schreiben (vom 1. Dezember 1912) lautete wörtlich:

„Ich behaupte, mich an den Maßnahmen zur Verhütung der christlichen Gewerkschaften beteiligt zu haben, und will die Interpretation (der 5 Punkte) nicht weiter vertreten, da solche nicht, allein wirkungslos, sondern verwirrend sind.“

So gut diese Erläuterungen gemeint waren und man sie an sich vielleicht auch nicht beanstanden kann, wenn man die Eile der Entscheidung berücksichtigt und ihren Zweck nicht aus dem Auge läßt, so ist doch manches dagegen einzuwenden. Vor allem waren sie nicht nötig, da die Bestimmungen der Enghilika deutlich und klar genug sind. Sie waren unnötig, da die Führer der christlichen Gewerkschaften sie nur zu einer schroffen Ablehnung benutzten. Endlich aber muß besonders hervorgehoben werden, daß es nicht Sache der Bischöfe ist, päpstliche Erlasse zu erläutern und auszuliegen, sondern daß dieses Recht allein dem St. Stuhle zusteht. In diesem Urteil über die Paderborner Erläuterungen, das ich seit der Essener Versammlung stets festgehalten habe, hat mich leider auch der Verlauf des eben beendeten Prozesses der christlichen Gewerkschaften gegen die sozialdemokratischen Redakteure noch bestärkt, und ich kann hinzufügen, daß auch an anderen Stellen die bei dieser Gelegenheit ausgesprochenen Grundsätze und Ansichten ein großes Aufsehen erregt haben.

Durch diesen Brief wird die Haltung der „Vergarbeiter-Zeitung“ in dieser ganzen Angelegenheit als unabweisbar gerechtfertigt. Wir haben von Anfang an und ununterbrochen den Standpunkt vertreten, daß kein Bischof das Recht hat, ein päpstliches Rundschreiben zu interpretieren, und daß folglich eine „authentische Interpretation“ nicht existieren kann. Das wissen auch die „Katholiken“ an der Zentrumspresse und die „katholischen“ Gewerkschaftsführer, aber im Kampfe gegen die moderne Arbeiterbewegung und im Interesse des Kapitalprofits opfern sie nicht allein die Unschärfe des Papstes, sondern sie wünschen mit Theodor Niechen: „Ginge er nur Kaputt! Im Kölner Prozeß wurde auch die Fiktion aufrechterhalten, als bestände tatsächlich eine Interpretation des Gesamtepischopts, obwohl eine solche, wie Kardinal Kopp jetzt mitteilt, niemals bestanden hat! Und selbst die Erläuterungen des Bischofs Schulte waren durch den Brief des Kardinals vom 1. Dezember 1912 in aller Form für ungültig erklärt, und gerade diesen Brief hat der Bischof Schulte verschwiegen, obwohl dadurch die ganze Prozedur sich mit einem Schlag änderte und die Angeklagten wahrscheinlich hätten freigesprochen werden müssen! Durch den Brief ist unsere Behauptung, daß es keine authentische Interpretation gibt, als richtig erwiesen und damit auch die daran geknüpften Schlussfolgerungen, und so hätten wir freigesprochen werden müssen, da uns für die übernommenen, am Gericht nicht erwiderten Behauptungen, die sich auf den Mißbrauch bezogen, der Schutz des § 193 zugestanden wurde. Selbst die „Kölnische Zeitung“ (Nr. 91 vom 25. Januar) findet das Verhalten der beteiligten „Christenführer“ in dem Prozeß unerklärlich. Das Blatt der rheinischen Bourgeoisie kommentiert den Brief des Kardinals wie folgt:

„Der obige Brief zerreiht ein ganzes Gewebe von Täuschungen, womit die christlichen Gewerkschaften sich vor der Öffentlichkeit umhüllt hatten. Er macht offenkundig zum ersten, daß die Ausdeutung (Interpretation) der päpstlichen Enghilika, die den Gewerkschaftsführern von dem Bischof Schulte in Paderborn gegeben wurde, von vornherein nicht die Meinung des gesamten deutschen Episkopats wiedergab, und daß die Zustimmung des Kardinals Kopp zu dieser Ausdeutung nach dem Essener Kongreß ausdrücklich zurückgenommen wurde. Er zeigt zum zweiten, daß der Papst — nur er kann mit der anderen kirchlichen Stelle gemeint sein — das Verhalten der Gewerkschaftsführer in Essen wie bei dem Kölner Prozeß nicht billigt und daß die Kundgebungen der Unabhängigkeit, die man in Köln vernommen hat, beim Papst großes Aufsehen erregt haben.“ Der Brief legt endlich die Frage nahe, ob denn die Führer der christlichen Gewerkschaften, als sie bei dem Kölner Prozeß die milde Ausdeutung der päpstlichen Enghilika durch den Bischof Schulte von Paderborn ins Treffen führten und deutlich als die Meinung des gesamten Episkopats hinstellten, keine Ahnung davon hatten, daß Kardinal Kopp, der einzige Bischof, der die Ausdeutung angenommen hätte, seine Zustimmung schon am 1. Dezember ausdrücklich zurückgenommen hatte. Noch mehr muß man sich wundern, daß Bischof Schulte selbst bei seiner Vernehmung am 18. Dezember kein Wort von diesem Briefe hat verlauten lassen, der doch die Stellung der christlichen Gewerkschaften gegenüber Rom und dem Episkopat in einem ganz anderen Lichte hätte erscheinen lassen. Das ist alles so auffällig, daß man fast versucht ist, an der Echtheit des Schreibens, mit dem Graf Oppersdorff hier die Welt übertrifft, zu zweifeln. Die tatsächliche Bedeutung des Briefes kann dahin zusammengefaßt werden, daß er die Stellung der christlichen Gewerkschaften schwer erschüttert, weil er zeigt, wie ablehnend ihnen die katholische Kirche gegenübersteht. Das Wort der Duldung, das die päpstliche Enghilika über sie ausspricht, ist nicht in seiner milden, sondern in seiner strengen Bedeutung zu nehmen, die von einem Verbot nur wenig mehr entfernt ist.“

Es ist in der Tat das Auffälligste in dem ganzen Prozeß, daß dieser außerordentlich wichtige Brief, durch den die „authentische Interpretation“

schon seit Dezember 1912 vernichtet ist, in dem Prozeß nicht erwähnt wurde, und mit Recht fragt die „Essener Arbeiter-Zeitung“ die „Christenführer“ und den Paderborner Bischof, wie sie das Verschweigen dieser Tatsache mit ihrer Eidspflicht, nichts zu verschweigen und nichts hinzuzufügen, in Einklang bringen! Zwar schreibt das „Westfälische Volksblatt“ vom 25. Januar, daß Bischof Schulte nicht ermächtigt gewesen sei, den Brief Kopp's mitzuteilen. Das klingt erst recht merkwürdig. Schulte war demnach „ermächtigt“, mitzuteilen, daß Kopp seine Zustimmung gegeben, aber nicht ermächtigt, mitzuteilen, daß er die Zustimmung zurückgezogen habe.

Eine führende Persönlichkeit aus der „christlichen“ Gewerkschaftsbewegung veröffentlicht in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, dem Leit- und Fachorgan der „Christen“ (Nr. 116) unter der Ueberschrift:

### Kopp — der Unruheflüster

einen loshaften Artikel — den wir seiner Wichtigkeit wegen noch nachtragen —, in welchem dem Kardinal Doppelspiel vorgezürdet wird. Bekanntlich wurden wir eben wegen des Ausbruchs „Doppelspiel“ zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt, und nun teilt eine führende Persönlichkeit mit, daß tatsächlich ein solches Doppelspiel getrieben worden ist. Natürlich wollen die „Christenführer“ dieses Doppelspiel nicht getrieben haben, sondern der Paderborner Bischof Kopp, aber aus den „Enthüllungen“ in der „Rhein.-Westf. Ztg.“ ergibt sich, daß die „führende Persönlichkeit“ sehr genau über dieses Doppelspiel unterrichtet war, so daß die Frage berechtigt ist: Warum haben die „Christenführer“ den Kardinal Kopp dieses Doppelspiel nicht treiben lassen? Weil der Kardinal ein Doppelspieler war, mußten wir 200 Mark Strafe zahlen! Christenmoral!

„Nun ist die Bahn frei“, verflüchteten die „Christenführer“, als sie den Gerichtssaal am Appelhofplatz zu Köln verließen, „nun sind alle „Quereisler“ überwunden, nun kann es wieder vorwärts gehen“, jubelten sie und priesen den Prozeß als einen neuen Meilenstein für die „christlich-nationale“ Arbeiterbewegung. Sie ahnten nicht, daß ihnen dieser Meilenstein so schnell und so wuchtig an den Kopf geworfen würde. Wir sind überzeugt, hätten sie gewußt, daß der Prozeß diesen Brief zeitigen werde, sie hätten nicht geklagt, denn so haben sie durch den Prozeß weit mehr verloren, als sie überhaupt gewinnen konnten, und die „Zügellosen“, die sie treffen wollten, sind die Sieger!

Der Brief des Kardinals Kopp ist ein Gewitterschlag gegen die „christlichen“ Gewerkschaften und sie fühlen ihn. Die ihnen wohlgefällige Zentrumspresse ist völlig konsterniert, sie empfindet den schweren Schlag, aber er kommt so unerwartet und mit solcher Wucht, daß sie ihn gar nicht zu parieren wissen. Die „Trenonia“ (Nr. 26 vom 26. Januar) ruft verzweifelt aus: „Was soll daraus werden?“ Das ist die Frage, vor die erneut die „christl.“ Gewerkschaften gestellt sind, und sie ist jetzt brennender als je, das weiß oder empfindet auch die „Trenonia“, die schreibt:

„Als wir gestern in der „Rheinischen Zeitung“ all diese Dinge lasen, ariffen wir uns in ersten Augenblick an den Kopf und fragten uns: Was soll daraus werden? Wir stehen vor Rätseln! Zunächst kann man mit der „Rheinischen Zeitung“ den Eindruck haben, daß hier eine Mystifikation vorliegt. Jedoch muß man mit der Tatsache rechnen, daß der hochwürdigste Kardinal Kopp in „größerer Verehrung“ an den Grafen Oppersdorff obigen Brief bald nach dem Tage geschrieben hat, an welchem „Wahrheit und Klarheit“ den hochwürdigsten Erzbischof Hartmann von Köln in schmerzlicher Weise angriff, so daß der Kardinal des Abensfeld bereits öffentlich dagegen Stellung zu nehmen gezwungen war...“

Was soll daraus werden? Wohin sollen diese Wege gehen? Es ist verfehlt, einen neuen schweren Schlag zu führen gegen die christlichen Gewerkschaften trotz des „Friedens von West“, trotz der bekannten Erklärung der deutschen Bischöfe, trotz der neuesten Rede des Kölner Oberhirten. Unbegreiflich! Unverständlich! Die christlichen Gewerkschaften dürfen jetzt angefaßt dieser Schläge wohl Veranlassung haben, Konsequenzen zu ziehen und ihr Firmenschild zu ändern. Ihr Weg ist ihnen vorgezeichnet, ihre Unabhängigkeit ist notwendig für ihre Existenz. Für die nachbarliche Berliner Richtung aber ist in Deutschland nun mal kein Boden, in ihren Dienst werden sich die katholischen Arbeiter Deutschlands in ihrer überwiegenden Mehrheit nach Lage der Verhältnisse niemals stellen können.“

Wen der „bekannten Erklärung der deutschen Bischöfe“, wie die „Trenonia“ noch schreibt, kann nach den Bestimmungen der Mitteilungen Kopp's keine Rede mehr sein, eine solche Erklärung hat nie existiert! Wie die „Berliner Volkszeitung“ (Nr. 27 vom 17. Januar) mitteilt, sollen sogar die Bischöfe Paderborner, Freiburger und Rorumer-Trier sofort in Rom Einspruch erhoben haben gegen die „authentische Interpretation“ des Bischofs Schulte, und wenn Kopp das in seinem Briefe auch nicht angibt, so läßt doch der Hinweis auf „andere Stellen“ — Rom — schließen, daß man von der „authentischen Interpretation“ in Rom und wohl auch in Deutschland nichts wissen will.

Was soll daraus werden? Was wollen und werden die „Christenführer“ jetzt tun? Die Konsequenzen ziehen, aber wie? Sich endlich loslagern von der bescheidenen Abhängigkeit des Klerus und als freie, selbständige Organisationen auftreten? Werden sie ihr Firmenschild ändern und den hingeworfenen Schutzhandschuh aufnehmen? Nein, sie werden es nicht, weil sie nicht können, und zum ändern würde eine Änderung des Firmenschildes ohne gleichzeitige Änderung der gesamten Grundsätze und Tendenzen nichts anderes bedeuten, als den alten Wein in andere Schläuche füllen. Die „christliche“ Gewerkschaftsbewegung ist ein unnatürliches Gebilde, ein ungewöhnliches Zwitwergkind voll unheilbarer Widersprüche, nicht klar, nicht fest, nicht warm, nicht kalt, nicht christlich, nicht unchristlich, nicht national und nicht antinational, nicht gelb und dennoch gelb — eine Bewegung, die niemand mit gesunden Sinnen erfassen kann, und darum auch diese fortgesetzten Beunruhigungen, dieses andauernde Durcheinander. Sie sind abhängig vom Klerus, ohne dessen Zutreiberdienste sie keine Mitglieder hätten, folglich müssen die „Führer“ alle Bedingungen erfüllen, die der Klerus ihnen stellt, aber sie wollen nach außen keine „Pfaffenknechte“ sein, weil ihnen sonst die Arbeiter davonlaufen. Darum auch die radikalen Reden, die wirklich nicht so „böse“ gemeint sind, jedoch von den Bischöfen nicht gewollt und nicht geteilt werden. Merken die „christlichen“ Arbeiter, daß ihre „Führer“ nichts weiter sind als die willenlosen Drahtpuppen der Kapläne, verlagern sie ihnen natürlich die Gefolgschaft. Lassen sich lieber vom Kaplan direkt kommandieren oder gehen zu ihren Berufskameraden in die freien Gewerkschaften, wohin sie gehören. Eine Änderung des Firmenschildes befreit sie nicht aus der absoluten Hörigkeit des Klerus und weil sie nicht den Mut haben, den einzig richtigen und sie befreienden Schritt zu tun, zu den freien Gewerkschaften überzutreten, bleibt ihnen nichts anderes übrig, als einen neuen Bluff zu erfinden, ihren Anhang von neuem irrezuführen. Wie dieser Bluff aussehen wird, wissen wir noch nicht, aber das eine wissen wir: die Kirche wird nicht ruhen, bis sich die „christlichen“ Gewerkschaften auch öffentlich in aller Form allen Bedingungen Roms unterworfen haben. Rom hat gesprochen, die Sache ist entschieden, daran ändern alle Stegerwaldiaden kein Notamend.

### Schulte gegen Kopp.

Die öffentliche Mißbilligung und förmliche Abschüttelung des Paderborner Bischofs durch

den höchsten deutschen Kirchenfürst, Kardinal Kopp, hat in der gesamten Presse, ohne Unterschied der Partei, das größte Aufsehen erregt, um so mehr, als ein solcher Fall, wo Bischof gegen Bischof auftritt, noch nicht dagewesen ist. Die badenwürttembergische Zentrumspresse im „Verleuchten Westen“ schäumt zwar vor Wut, aber die „Christenführer“ bleiben, wo sie am liebsten aufhelfen und mit Theodor Niechen ausruhen möchte: „Ginge er nur Kaputt!“ Um einen Gegenschlag gegen Kopp zu führen, veröffentlicht die Zentrumspresse einen anderen Brief, den Kardinal Kopp am 10. November 1912 an den bekannten schlesischen Zentrumsführer, Justizrat Dr. P. o. r. f. c. geschrieben hat und in dem es heißt, daß die „christlichen“ Gewerkschaften beruhigt sein könnten, die Bischöfe würden nichts ändern, sondern beide Richtungen mit gleichem Wohlwollen behandeln. Es sei ausgeschlossen, daß ein Bischof in katholischen Gegenden die Einführung rein katholischer Organisationen fordern würde. „... Beide Richtungen können zufrieden sein“, schreibt Kopp, „sie haben nach meiner Ansicht durch das Schreiben des Heiligen Vaters einen festen Boden unter den Füßen“. Eine abschließende Auskunft wird sich nunmehr ebensoviele wie bisher über die christlichen Gewerkschaften geltend machen; es bleibt beim alten (?). Nur wäre zu wünschen, daß die Führer der christlichen Gewerkschaften die Interpretationsfrage in etwas andere Formen kleiden, wobei ich nicht an Karriere denke.“

Die Anschauungen, die der Kardinal in diesem Brief vertritt, stehen allerdings mit seinen letzten in direktem Widerspruch und dieser Widerspruch läßt sich nur dadurch erklären, daß die „Christenführer“ die Erwartungen nicht erfüllt haben, die Herr Kopp als Koadjutor für seine „Milde“ verlangte. Über diese Erwartungen, vor allem die Interpretationsfrage und die Unabhängigkeit von der Kirche nicht so schroff zu betonen, das konnten die armen Teufel in Essen ja gar nicht. Das laute Schreien auf offener Bühne, das Brablen und die radikalen Reden gehören zum „christlich-nationalen“ Agitationsgeschrei. Wie das Klappern, so gehört das Schreien zum „christlich-nationalen“ Sandwerk, aber Dr. Kopp kann diesen Spektakel nicht begreifen, weil er die „Christenführer“ nicht genügend kennt. Er hält ihre Worte für ihre Ueberzeugung und weiß nicht, daß sie stets das Gegenteil von dem tun, was sie öffentlich verkünden. Wenn sie öffentlich Generalstreik beschließen, organisieren sie heimlich den Streikbruch, und wenn sie öffentlich auf der Bühne ausruhen: Wir bekreiten den Papst, auf wirtschaftlichem Gebiete die Unschärfe und lassen uns von Bischöfen nicht in unsere Organisationsverhältnisse hineinreden, so denken sie im Ernst gar nicht daran, auch dementsprechend zu handeln. Sie wollen damit nur der irrezuletteten Masse imponieren, wollen Mitglieder gewinnen, um sie der Reaktion zuzuführen und gegen ihre Berufskameraden auszuspielen. Das haben sie auch erreicht, aber sie haben andererseits den Glauben an die Unschärfe des Papstes und die Autorität der Bischöfe erschüttert, was Herr Kopp einlebt.

Auch der Empfänger dieses Briefes interessiert uns. Was in aller Welt hat Justizrat P. o. r. f. c. mit den „christlichen“ Gewerkschaften zu tun, daß Kopp ihm dieses Beruhigungsschreiben zuschickt. Gehört Herr Dr. P. o. r. f. c. etwa zum Vorstand des Gesamtverbandes „christlicher“ Gewerkschaften? Wo laufen eigentlich die Fäden dieser Bewegung zusammen? In Essen redete Landgerichtsdirektor Dr. P. a. t. a. n. n. namens der „christlichen“ Gewerkschaften, in Breslau erhält ein Geheimrat ein Beruhigungsschreiben. Diese „selbständigen“ Arbeiterorganisationen wandeln wirklich unerforschte Wege!

Das in Paderborn erscheinende „Westfälische Volksblatt“ (Nr. 25 vom 27. Januar) nimmt in einem längeren Artikel Stellung zu dem Schreiben des Kardinals Kopp und verteidigt den Bischof Schulte. Das Zentrumsblatt berichtet zwar, daß der Artikel nicht vom Bischof stamme, enthält jedoch Angaben, die nur der Bischof wissen konnte. Die Behauptung Kopp's, Bischof Schulte sei ein langjähriger Freund der „christlichen“ Gewerkschaften, wird bestritten, und ebenso, daß die „christlichen“ Führer sich an Schulte um Rat gewandt hätten. Umgekehrt ist es richtig, nicht die „christlichen“ Führer hätten sich an Schulte, sondern Schulte habe sich an Stegerwald gewandt. Um die Wirkung des Kopp-Briefes abzuschwächen und einen Gegenschlag gegen ihn zu führen, konstruiert man Widerprühe oder Unrichtigkeiten in dem Brief, verschweigt jedoch die Tatsache, daß sich erst der Zentrumsabgeordnete Rudhoff-Essen an Schulte gewandt hat und dann erst hat Schulte Stegerwald zu sich kommen lassen! Natürlich hat Oberrealschullehrer Rudhoff-Essen nicht im Auftrage der „christlichen“ Gewerkschaften an Bischof Schulte geschrieben, sondern aus eigener Initiative. Wir möchten, wir wissen, was ein Oberrealschullehrer mit den „christlichen“ Gewerkschaften zu tun hat. Gehört Herr Rudhoff auch zum Vorstand des Gesamtverbandes „christl.“ Gewerkschaften? Schulte, hohe Kopp auch nicht um Prüfung und Zustimmung zu seiner „Interpretation“ ersucht, sondern Kopp diese nur zur — Kenntnisnahme zugeschiedt. Der Gedanke, die Interpretation als die Meinung des Gesamtepischopts herauszugeben, stamme von Kopp, nicht von Schulte. Kopp habe nicht nur seine Zustimmung gegeben, sondern die Interpretation mit folgendem Begleitsschreiben an die anderen Bischöfe geschickt:

„Bei dem verheerenden Mißbrauch, den die sozialdemokratischen und gelben Gewerkschaften gegenüber den christlichen mit der Enghilika vom 24. September d. J. machen, erschien es notwendig, letztere in folgenden Punkten zu erläutern.“

Und nach dem Abdruck der Interpretation steht folgende Schlussbemerkung:

„Da die christlichen Gewerkschaften für den auf den 28. d. M. einberufenen Kongreß zur Abwehr dieser Erläuterungen zu bedürfen glauben, war eine Befragung der hochwürdigsten Mitglieder der Fuldaer Konferenz nicht möglich, es dürfte jedoch auf deren Zustimmung und nachträgliche Ermächtigung gerechnet werden können.“

G. Kard. Kopp.“

Kopp habe in diesem Schreiben nicht erwähnt, daß Bischof Schulte die Interpretation entworfen habe, sondern selbst die Verantwortung übernommen, weshalb die Interpretation nicht mehr die persönliche Auffassung Dr. Schulte, sondern des Gesamtepischopts sei. Er habe deshalb auch kein Recht und keine Ermächtigung gehabt, öffentlich mitzuteilen, daß Dr. Kopp seine Zustimmung nachträglich zurückgezogen habe. Eine solche Zurückziehung hätte vor dem gesamten Episkopat erfolgen müssen. Und die Moral von der Geschichte: Kopp zieht seine Zustimmung mit Bedauern zurück und Schulte erkrankt: Was geht mich die „authentische Interpretation“ an! Das ist Sache aller Bischöfe, und diese werden sagen: wir haben sie nie anerkannt. Nachdem die „authentische Interpretation“ im Kölner Prozeß ihren Dienst getan hat, wird dieses famose Kind von seinen Vätern verpugnet. Und deshalb hat das „Berliner Tageblatt“ durchaus Recht, wenn es schreibt: „Die in Köln verteilten sozialdemokratischen Redakteure oder erscheinen nachträglich als Sieger.“

Wohlgelagert jammert die „Essener Volkszeitung“: „Es ist das erste Mal, daß eine Kundgebung eines führenden deutschen Kirchenfürsten der liberal-sozialdemokratischen Presse zu der schamlosen Verhöhnung einer feindlichen Bewegung verurteilt hat, ein anderes Mitglied des deutschen Episkopats einer Verleumdung der Eidspflicht zu beschuldigen.“

Durch den Brief des Herrn Kardinals Kopp ist ein Zwiespalt innerhalb des Episkopats festgestellt worden und Herr Kardinal Kopp zum offenen Angriff gegen den Herrn Bischof Dr. Schulte vorgegangen. Dieses traurige Schauspiel erleben die deutschen Katholiken zum ersten Mal. Verhängt wird das Bild nach dadurch, daß Herr Kardinal Kopp zu der Publikation des Oppersdorff'schen Organ „Wahrheit und Klarheit“ benutzt, trotz der feindlichen Stellung, die es unmittelbar vorher gegen den Herrn Erzbischof von Köln eingenommen

hat. Noch einmal sei es gesagt: es ist das erste Mal in Preußen, daß ein solcher Vorgang zu verzeichnen ist."

Dieses "traurige Schauspiel", welches Ende es auch immer nehmen mag, mußte einmal kommen und daran tragen die Schöpfer der "christlichen" Gewerkschaften allein die Schuld. Wir haben von jeher auf die Gefahren hingewiesen, die auf allen Gebieten durch diese Bewegung heraufbeschworen werden, ohne den von Ihren Gründern beabsichtigten Zweck, Vernichtung der freien Gewerkschaften, zu erreichen. Wiederholt wurden die "christlichen" Gewerkschaften als die Uterbuben am deutschen Gewerkschaftstörper bezeichnet, und in der Tat ist durch diese Bewegung das öffentliche Leben in Deutschland auf dem politischen, wirtschaftlichen und religiösen Gebiet vergiftet worden! Die "christlichen" Gewerkschaften haben unter der deutschen Arbeiter-schaft das Solidaritätsgefühl zerstört, die Bande der Kameradschaft zerrissen, den andauernden Bruderstreit entzündet, Brüder gegen Brüder gehetzt, den einen Arbeiterbruder zum Todfeind eines Mitbruders gemacht, die Gesamtarbeiter-schaft in feindliche Lager getrennt, einen unversöhnlichen Haß geschürt und eine Kluft geschaffen, die kaum noch zu überbrücken ist! Sie haben Verleumdung und Denunziation zum Geschäft gemacht, haben eine moralische Verwundung betrieben und dadurch in der Arbeiter-schaft sittliche Werte zerstört, die nicht wieder herzustellen sind. Sie haben nicht etwa gegen die freien Gewerkschaften zu gewütet, sondern sie haben Glaubensgenossen gegen Glaubensgenossen gehetzt, sie haben zwischen katholische Arbeiter die Brandfackel der Zwietracht geschleudert, haben katholische Arbeiter zum unversöhnlichen Haß gegeneinander aufgebeizt, daß schon vor Jahren ein katholischer Arbeitersekretär in öffentlicher Versammlung ausrief: "Lieber Gott, was ist das für ein Verbrechen von diesem Haß!" Das ist ein solches Verbrechen, ein solches Verbrechen nicht dauernd auf den Arbeiterkörper beschränkt bleiben konnte, sondern daß es weiter um sich freisen mußte, das stand für uns von jeher fest, und ebenso sicher ist, daß es noch größere Verheerungen anrichten wird. Man ist es bei den Bischöfen geplagt, mögen sie es ausschneiden!

### Separatistischer Zusammenbruch.

"Ich kenne die Waise, ich kenne den Teufel..."

Aus Oesterreich wird uns geschrieben: Der Separatismus, der nun auch in Deutschland seinen Einzug in so unfeierlicher Weise gehalten hat, hat seine Methoden, seine Argumente, ja sein ganzes Wesen dem tschechoslavischen Separatismus entlehnt, den der Internationale Kongress in Kopenhagen und nach ihm nahezu alle internationalen Berufsvereinigungen auf das entschiedenste verurteilt haben. Die Manieren Adamows, die "wissenschaftliche" Argumentation des Vinizskiewicz sind nichts anderes als ein Abklatsch des tschechischen Separatismus. Um so lehrreicher und interessanter ist es, einmal von den Separatisten selbst zu hören, wie sie den armen tschechischen Bergproleten geholfen haben. Auch in Oesterreich wollte der Separatismus selbständige Gewerkschaften als Ergänzung zu der selbständigen Parteiorganisation schaffen, da die Zentralverbände zu wenig Geld zu Wahlzwecken hergaben, und überdies werde es durch selbständige, national einheitliche Gewerkschaften viel eher möglich sein, in die Reihen der indifferenteren Arbeiter einzudringen. Die Vermittlung von Streikbrechern nach Deutschland, die noch im Gedächtnis aller Bergarbeiter lebt, war auch ein Teil des Wirkens der nationalistischen Organisation. Eine andere Wirkung, als die Arbeiter-schaft untereinander zu verfeinden, kann die nationalistische Sonderung nicht haben. Nun ist aber dokumentarisch festgestellt, daß der Separatismus nicht einmal zur Agitation in den Reihen der Arbeiter der eigenen Nation hinreicht. Es ist einfach nicht wahr, daß die Arbeiter durch nationale Organisationen eher für den Befreiungskampf der eigenen Klasse gewonnen werden können. Zu Weihnachten berief der tschechoslavische, separatistische Bergarbeiterverband, dieser Schädiger der Interessen der Bergarbeiter, seinen Verbandstag nach Mährisch-Ostrow. Wenigstens die Delegierten sollten dort eindringen, wo die Organisation zum Glück nicht einzudringen vermog. Das war eine traurige Zusammenkunft. Reichlich drei Jahre sind seit der Gründung dieser "Organisation" ins Land gezogen. Wenn man natürlich keine Wunderleistungen erwarten kann, ja, wenn man so bescheiden ist, sogar auf Erfolge bei Lohnkämpfen bei der Jugend der Organisation zu verzichten, auf agitatorische Erfolge kann man nicht Verzicht leisten. Dazu sind drei Jahre eine genügende Zeit. In diesen drei Jahren, während welcher der Wächern des Separatismus alle Mittel der separatistischen Partei, Presse, Agitatoren und Geldmittel zur Verfügung standen, mühte eine Gewerkschaftsorganisation doch wenigstens einiges erreicht und geleistet haben. Inzwischen war der Verbandstag eine furchtbare Beichte, ein Bekenntnis absoluter Unfähigkeit.

Schon das Vorspiel war bemerkenswert. Am 28. Dez. 1910 schrieb das von dem berüchtigten Budi geleitete separatistische Jahrbuch: "Ganze Tausende von Bergarbeitern vermochte die "Union" nicht zu organisieren. Diese Aufgabe bleibt der tschechischen Organisation vorbehalten." Und wie hat die tschechische Organisation diese Aufgabe erfüllt? Man lese, was dasselbe Jahrbuch drei Jahre später schreibt: "Wie ist die Bilanz unseres Verbandes? Wir wollen aufrichtig sein und den Verhältnissen scharf ins Auge sehen. Und da müssen wir ohne Umschweife eingestehen, daß der tschechoslavische Bergarbeiterverband mit den anderen tschechischen (separatistischen) Verbänden an Auffassung nicht gleichen Schritt hielt. Während die anderen Verbände durchweg einen kolossalen Mitgliederzuwachs aufweisen (was übrigens sehr stark bezweifelt wird, und zwar auf Grund der eigenen, separatistischen Statistik. D. Red.), geht es bei unserem Verbande langsam vorwärts. Bei der Gründung rechneten wir mit wenigstens 3000 Mitgliedern (das heißt, mit solch liberaler sie damals schon gewohnt, woraus man übrigens die Wahrheits-treue der separatistischen Angaben ersuchen kann. D. Red.), indes haben wir diese Zahl erst nach zehnjähriger Bestehen der Organisation erreicht. Auffallend ist auch, daß gerade in den ein-sprachigen Revieren, wo organisatorisch und agitatorisch die geringsten Schwierigkeiten hob, die Gewerkschaftsorganisation verhältnismäßig am schwächsten ist."

Man beachte nur, wie vorzüglich man sich da ausdrückt. Auf dem Verbandstag selbst führte man eine offene Sprache. Dort erklärte Horacek den Tätigkeitsbericht. Was man da erfuhr, ist auch für Deutschland gerade jetzt in den Zeiten der Adamel, interessant und belehrend. Den 18 Delegierten, die aus ganz Oesterreich zusammenkamen — mehr konnten es eben nicht sein — wurde ein trübseliges Bild entrollt, das übrigens mit der ganzen Tätigkeit des berechnlichen Verbandes übereinstimmt: denn diese Tätigkeit bestand darin, Aktionen der "Union" zu verhindern oder die Vertrauensmänner der "Union" zu verdrängen, so daß schon vielfach die Frage aufgeworfen wurde, ob denn nicht noch ein anderer Faktor neben der separatistischen Partei als Geldgeber der Separatisten fungiert!

Das nordböhmische Revier nannte Horacek den Stütz des Verbandes. Seine Leistung ist die Herrschaft der Gelben in der Zentralverwaltung und der Unabhängigen in der Bergbau-gewerkschaft. Mit den Erfolgen im Balkanrevier Revier...

Horacek absolut nicht zufrieden, aber auch im Mährischen Revier keine Befriedigung nicht finden. Auch Kossik (Mährisch) be-reitete ihm keine Freude. Und das größte Bergbaurevier in Oesterreich, Mährisch-Ostrow, beurteilte der Berichterstatter mit trübseliger Enttäuschung! Man erhält dort zwar ein Sekretariat, "trotzdem dort nicht die entsprechende Zahl von Mitgliedern ist", aber zu machen ist dort nichts. So bleibt dann noch Klado, also das einzige wirklich rein tschechische Revier. Dort muß doch der tschechische Verband seine agitatorischen Wunder geleistet haben. Da aber beginnt das traurigste Kapitel. Die ganze, so oft und so bombastisch vorgetragene Behauptung, nur durch eine tschechische Organisationsform werde es möglich sein, in diesem Revier der größten Ausbeutung eine größere Zahl von Bergarbeitern für die Organisationsform zu gewinnen, hat hier ihren vollständigen Zusammenbruch erlebt. Unsere "Union" hatte in diesem Revier vor der separatistischen Revolte über 3000 Mitglieder. Und wie steht es heute in diesem tschechischen Reviere aus? Lassen wir wiederum, zum Nutzen auch unserer Separatisten, den Horacek selbst reden:

"Klado und die umliegenden Bezirke sind die einzigen Bezirke unserer Partei, wo die Zahl der politisch organisierten Genossen viel größer ist als die der gewerkschaftlich organisierten. Die Reichrats-Ergänzungswahl im Bezirk hat die Meinungs-losigkeit der sozialen Empfindens aufgezeigt und dieser Umstand gibt uns noch immer die Hoffnung, daß es doch gelingen werde, das Kladoer Revier dorthin zu bringen, wo es sein sollte, als Muster für alle anderen unserer Reviere. Die Kladoer Ge-nossen haben vom Vorstande die verbindliche Erklärung, daß alles gewährt werden solle, damit man mit der Organisations-idee in die Reihen der Indifferenten einbringe. Aus den bis-herigen Erfahrungen geht hervor, daß sich auch die politisch organisierten Bergarbeiter mit Händen und Füßen gegen die gewerkschaftlichen Strömungen sträubten! Klado ist mit seinem Charakter und seinem Zusammenleben ein Unikum ersten Ranges. Spricht man mit den dortigen Bergarbeitern, machen sie den Eindruck von Philosophen. Große Belesenheit, Schärfe der Beobachtung und Nüchternheit des Urteils erzwingt sich allgemein Respekt. Man spricht weiter und erfährt, daß in dem Bezirk Klado 1200 Unterhaltungsvereine bestehen, in der Stadt Klado selbst 92. Gut 80 Prozent der Mitgliedschaft bilden die Berg-arbeiter. Sogar einige Vereine haben sich scharf gegen diese Unterhaltungsvereine ausgesprochen. In den Kameradenver-sammlungen der politischen Organisation wird die Sache regelmäßig diskutiert und diese Vereine gütig beurteilt, ja sie werden allgemein als Teile der Parteiorganisation bezeichnet. Diese Vereine erweisen sich in einem gewissen Sinne als Bremse für das Tempo der sozialen Reformen im Bergbau. In 80 von 127 Gemeinden wird die politische Bewegung ausschließlich von Berg-arbeitern geleitet. Sogar die Revierbeamten raten den Ar-beitern zur Organisation. Damit Sie ein vollständiges Urteil sich bilden können, führe ich noch an, daß in drei kleinen Dörfern täglich 900 Exemplare des separatistischen Wochenblattes (das allerdings nicht einmal einen Schatten von einem Arbeiterblatt hat. D. Red.) verkauft werden. Über vom Jahrbuch gehen nicht einmal ins ganze Revier soviel Exemplare... Die Massen der indifferenten Bergarbeiterschaft vertrauen nur mehr ausschließ-lich der Bergbauergewerkschaft."

Kann es blühiger Selbsthohn geben? Mit dem Schläch-ter: "Den tschechischen Arbeitern kann nur von Tschachen ge-holfen werden!" so man vor drei Jahren zu Felde gegen die Zentralverbände. Die Agitation sollte, weil nur von Tschachen unter Tschachen betrieben, ungeahnte Dimensionen annehmen und natürlich auch ebensolche Erfolge zeitigen. Und nun kommen verantwortliche Führer der separatistischen Organisation und müssen eingestehen, daß nichts von all dem eingetreten ist. Die tschechische Organisation führt ein Scheinbestehen. Doch das wäre zu ertragen. Was aber nicht zu ertragen ist, ist der Umstand, daß die tschechische Bergarbeiterschaft nunmehr schuldlos der Aus-beutung ausgeliefert ist, und in ihrer Schuldlosigkeit nur der Bergbauergewerkschaft, also dem Unternehmertum, Vertrauen entgegenbringen! Das ist die Bilanz der drei Jahre des Sepa-ratismus: die Ausbeutung ist gewachsen, dafür hat die Wider-standskraft der Arbeiter abgenommen, ist das Vertrauen zu je-der Organisation untergraben, den Arbeitern das einzige Instrument ihrer Verteidigung entzogen worden. Über der heilige Nationalismus ist befriedigt, die Organisation ist tschechisch und die tschechoslavische Partei hat ihren Rückhalt an der "eigenen" Organisation. Wir glauben, verpflichtet zu sein, unseren Kameraden diese Erfahrungen nicht vorenthalten zu dürfen, denn sie sind ja ein Warnungszeichen vor allen Arten separatistischen Experimenten. Mit dem Zusammenbruch des tschechoslavischen Separatismus muß man in den Reihen auch unserer polnischen verführten Kame-raden agitieren. Damit müssen wir sie auflären, aus Rücksicht auf ihr Interesse, aus Solidarität mit den Proletariern aller Nationalitäten, wir müssen überall auf das Beispiel des tschech-slavischen Separatismus hinweisen und so die polnischen Kame-raden in unserer Organisation als treue Mitkämpfer und auch als Schlichtlinge unserer Organisation erhalten. Separatis-mus ist Schwächung und Selbsttäuschung dorer, die diesem Wahne aufhören.

### Volkswirtschaftliche Rundschau.

#### Bierbrauerei und Bierbekümmung.

Die Bierbrauerei war früher ein rein städtisches Gewerbe oder ein landwirtschaftlicher Nebenbetrieb. Doch sind die kleinen Betriebe immer mehr vor dem Einbringen der Großbetriebe zurückgewichen. Daran hat auch die Länderei nichts ändern können, daß man die kleineren Brauereien durch niedrigere Steuersätze für kleinen Malz-verbrauch hat am Leben erhalten wollen. Diese Entwicklung ist im Vergleichsjahre 1912 weiter vorgeschritten, über das in Vierteljahrs-heften zur Statistik des deutschen Reiches soeben berichtet wird. "Die Ueberlegenheit der großen Brauereien hinsichtlich der Be-triebsmittel, Betriebsrichtung und Güte des Erzeugnisses kam durch weitere Verschiebung des Maßes zu Ungunsten der kleineren Betriebe zum Ausdruck. Kennzeichnend für die kleineren, obergärigen Bier bereitenden Brauereien haben einen schweren Stand, zumal sich die Zahl der großen Betriebe, die nebenher auch die Herstellung obergärigen Bieres auf-genommen haben, wieder vermehrt hat." Gegen 1911 waren in der norddeutschen Brauereigemeinschaft 197 Brauereien weniger in Be-trieb, in Bayern 153, in Württemberg 324, im ganzen deutschen Reich weniger 223. Leider kann man aus der Statistik nur für Bayern feststellen, wie sich die verbrauchte Malzmenge auf die großen und kleinen Brauereien verteilt. Es wurden hier 1912 insgesamt 3 585 750 Doppel-gentner Malz verbraucht. Von dieser Menge entfielen auf die 295 größten Brauereien mit einem Verbrauch von mindestens 2000 Doppel-gentnern Malz nicht weniger als 64,8 Prozent. Dagegen hatten die 15 523 kleinsten Brauereien mit einem Verbrauch von höchstens 500 Doppelgentnern alle zusammen 37 000 Doppelgentner weniger Ver-brauch als die 6 größten Brauereien für sich allein. Diese Zahlen be-leuchten klar, daß in Bayern die kleinsten und landlichen Brauereien so gut wie gar nichts zu bedeuten haben und es allein auf die kapitalistischen Großbetriebe im Brauergewerbe heute ankommt.

Der Bierverbrauch im norddeutschen Braugebiet betrug

| Jahr | absolut in Millionen Liter | pro Kopf der Bevölkerung in Liter |
|------|----------------------------|-----------------------------------|
| 1912 | 39,5                       | 78,7                              |
| 1911 | 41,3                       | 83,0                              |
| 1910 | 38,1                       | 77,6                              |
| 1909 | 37,3                       | 77,4                              |
| 1908 | 40,2                       | 84,0                              |

Der Bierverbrauch ist also im letzten Berichtsjahre geringer ge-wesen, doch haben sich die Verbrauchsmengen innerhalb der Grenzen...

daß man weder von einer Zu- noch einer Abnahme des Bierverbrauchs reden kann. Die entsprechenden Zahlen für die anderen Brauereibezirke waren im Jahre 1912:

| Bezirk             | absolut in Millionen Liter | pro Kopf der Bevölkerung in Liter |
|--------------------|----------------------------|-----------------------------------|
| Bayern             | 39,5                       | 78,7                              |
| Württemberg        | 4,1                        | 10,6                              |
| Baden              | 3,2                        | 14,8                              |
| Sachsen-Lothringen | 1,4                        | 12,8                              |

Entsprechend den Schwankungen im Bierverbrauch variierten die Einnahmen aus der Biersteuer; für das gesamte deutsche Reich betrug die Einnahme: 1908 (letztes Jahr vor der Steuererhöhung) 114,1 Mill. Mark, 1909 154,2 Mill. Mk., 1910 210,8 Mill. Mk., 1911 236,4 Mill. Mk., 1912 227,7 Mill. Mk.

Daß diese Summe reitlos von den Konsumenten aufgebracht worden ist, beweist die Gegenüberstellung der Bierpreise des letzten Jahres vor der Steuererhöhung mit dem Jahre 1912. Es wurde bei Abgabe aus der Brauerei für 100 Liter gezahlt:

| Bierorte                           | 1912 in Mark | 1908 in Mark |
|------------------------------------|--------------|--------------|
| Lagerbier und sogenanntes Pilsener | 18—25        | 14—23        |
| Export-, Bod-, Würzenbier usw.     | 20—28        | 18—26        |
| Porter                             | 34—42        | 28—32        |
| Berliner Weißbier                  | 12—18        | 7—15         |
| andere Weißbiere                   | bis 21       | —            |
| Gräger                             | 12,0         | 9—11         |
| Lichtenhauer                       | 10—14        | 10—13        |
| Wolfe                              | 15—16        | 10—14        |
| Malz- und Kraftbiere               | 15—20        | 10—18        |
| Schäbire                           | 8—10         | bis 80       |
| Braunbier                          | 5—16         | 7—12         |
| Dünnbier (Einfaßbier)              | 6—8          | 8—7          |

### Aus unseren Rechtsanwaltsbüros.

**Nachzahlung von Krankengeld.**  
Auf Grube Victoria bei Stensleben wurde am 6. Dezember ein Arbeiter, der schon drei Schichten auf dem Werke verfahren hatte, bei der Untersuchung für krank befunden und vom Betriebsführer entlassen. Als nun der Bergmann von seinem Rechte Gebrauch machte und seinen Krankenschein forsbete, wurde dies abgelehnt. Eine Besondere an den Anknappschäfts-Kleinsten, Herrn Wuchalter Kena u., blieb ebenfalls erfolglos, und meinte dieser Herr, der Kranke wäre gar nicht in der Anknappschafft, folglich könne er keinen Krankenschein bekommen. Nummer führte der Verband Beschwerde beim Vorstand des Halberstädter Anknappschäftsvereins. Der Erfolg war, daß dem Kameraden der Krankenschein ausgeschrieben wurde. Somit muß dem Mitgliede für sechs Wochen das Krankengeld nachgezahlt werden. Die Kameraden erleben aber aus diesem Fall wieder, wie notwendig es ist, Verbandsbeiträge als Kasse für zu wählen. Herr Kena u. ist als Reichenslandrat gewählt und hat nur das Vertrauen — parbon: Mittrauen, das wir den Reichenslandrat entgegenbringen, gerechtfertigt. Darum wählt nur Verbandsmitglieder als Kasse.

### Nachrichten aus der Montanindustrie.

#### Deutschlands Kohlen- und Koksproduktion.

In den letzten acht Jahren, von 1908—1913, gestaltete sich die Kohlen- und Koksproduktion Deutschlands wie folgt:

| Jahr | Steinkohlen in Tonnen | Braunkohlen in Tonnen | Koks in Tonnen |
|------|-----------------------|-----------------------|----------------|
| 1908 | 137 117 929           | 66 419 567            | 20 280 573     |
| 1907 | 149 185 091           | 62 548 671            | 21 093 098     |
| 1906 | 147 671 140           | 67 615 200            | 22 728 917     |
| 1905 | 148 788 050           | 68 657 606            | 23 386 612     |
| 1904 | 152 827 777           | 68 547 289            | 27 706 050     |
| 1903 | 150 742 272           | 70 516 789            | 26 405 108     |
| 1902 | 177 094 017           | 82 889 688            | 29 141 070     |
| 1901 | 191 511 154           | 87 116 843            | 32 187 716     |

Von 1908—1913 ist danach gestiegen die Steinkohlenförderung um 54 893 228 T. o. gleich 39,67 Prozent, die Braunkohlenförderung um 30 698 778 T. o. gleich 46,40 Prozent, die Koksproduktion um 11 907 144 Tonnen gleich 58,77 Prozent. Prozentual am stärksten ist also die Koksproduktion gestiegen. Aus vorstehenden Zahlen ergibt sich aber auch einwandfrei, daß die günstige Konjunktur 1910 einsetzte und 1912 ihren Höhepunkt erreicht hatte. Das Jahr 1913 weist allerdings gegen das Vorjahr noch eine gewaltige Steigerung der Förder- und Produktionsziffern auf. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß es im zweiten Halbjahre 1913 stark bergab ging. So betrug die Steinkohlenförderung Deutschlands in den einzelnen Monaten der Jahre 1908—1913 (in Millionen Tonnen):

| Jahr | Jan.  | Febr. | März  | April | Mai   | Juni  | Juli  | Aug.  | Sept. | Okt.  | Nov.  | Dez.  |
|------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| 1913 | 16,54 | 15,81 | 15,41 | 15,82 | 14,27 | 15,93 | 17,18 | 16,54 | 16,38 | 16,94 | 15,93 | 15,60 |
| 1912 | 14,57 | 14,64 | 12,81 | 14,06 | 14,73 | 13,89 | 15,78 | 15,91 | 14,91 | 16,00 | 14,81 | 15,85 |
| 1911 | 13,53 | 12,67 | 14,91 | 12,26 | 13,87 | 12,33 | 13,61 | 13,90 | 13,61 | 13,68 | 13,84 | 13,43 |
| 1910 | 12,43 | 11,72 | 12,28 | 12,63 | 11,70 | 12,65 | 13,08 | 13,36 | 13,02 | 13,20 | 13,25 | 13,60 |
| 1909 | 12,01 | 11,25 | 12,93 | 11,70 | 11,75 | 11,97 | 13,28 | 12,71 | 12,74 | 12,98 | 12,63 | 13,02 |
| 1908 | 12,58 | 12,64 | 12,47 | 11,60 | 12,22 | 11,18 | 13,11 | 12,70 | 12,78 | 13,17 | 12,17 | 11,38 |

Nach dieser Tabelle ist die Steinkohlenförderung von 1910 bis Juli 1913 stark gestiegen, von da ab aber sehr erheblich gesunken, ein Beweis, daß der Zeitpunkt zur Führung eines Lohnkampfes im Früh-jahr 1912 die denkbar günstigste war.

1) Streit im Ruhrrevier, Rüdigerich Sachsen, Schaumburg-Lippe.  
2) Streit in Oberschlesien.

### Wirkungen der Krise im Siegerland.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ (Nr. 97 vom 24. Jan. 1914) berichtet:

Die allgemeine Marktlage hat sich bei den Siegerländer Hochöfen schon recht mißlich gestaltet. Die Hoheisenbörse füllen schon die Güterplätze, trotzdem auf allen Gütern ausnahmslos der Betrieb eingeschränkt und lediglich mit einem Hochofen aufrecht erhalten wird. Die Holandschütte soll bereits 7000 T. o. Hoheisen auf Lager liegen haben, obwohl sie jetzt doch nur mit einem Hochofen arbeitet und be-kanntlich einen Teil ihrer Hoheisenquote an das Hoheisenhindal ver-kauft hat. Welche Zinsverluste entstehen, geht aus der Tatsache hervor, daß jene 7000 T. o. einen Kapitalwert von 455 000 Mark repräsentieren. Auch auf den übrigen Gütern haben sich, wenn auch nicht in dem Maße, Vorräte angehäuft. Der Vorgang der vollständigen Stilllegung der Schwachen Hütten im Siegerland durch Veräußerung der Beteiligungs-quoten an das Hindal gewinnt symptomatische Bedeutung. Die Geleisweber Eisenwerke begannen damit, einen Teil ihrer Quote zu verkaufen. Es folgte die Holandschütte, dann die Johanneschütte und jetzt hat auch die Braubacher Hütte, die der Gewerkschaft Apfelbaumer-zug gehört, ihre etwa 23 000 Tonnen betragende Quote an das Syn-dikat auf die Dauer des Hindalvertrages, also bis zum Jahre 1917, veräußert. Bedenkt man zu diesen Stilllegungen noch die ausgelagerten Hochöfen, so kann man ruhig behaupten, daß die Produktion des Siegerlandes in Hoheisen bereits auf die Hälfte seiner Leistungsfähigkeit be-schränkt ist. Schon daraus läßt sich der Schluß ziehen, in welchem Maße die Beschäftigung beim Hoheisenhindal zurückgegangen sein muß. Tatsächlich sollen denn auch darüber in der geistigen Versamm-lung des Hoheisenhindals recht ungünstige, zahlenmäßige Angaben gemacht worden sein. Der Abfall soll gegenüber den 77,9 Prozent im Dezember eine ganz erhebliche Abnahme im Januar aufweisen. Der vorliegende Auftragsbestand für das erste Semester dieses Jahres soll bis jetzt kaum 25 Prozent der Beteiligung bzw. der Leistungs-fähigkeit betragen. Die Hoheisenabnehmer — den noch alte Mengen rückständig und halten infolgedessen hart mit neuen Käufen zurück. Sie hoffen schließlich doch noch auf billigere Preise, wenn auch der Verband sich getrennt wieder ablehnend gegenüber einer weiteren Preis-ermäßigung verhalten hat. In eine mißliche Lage geraten auch die Siegerländer Gruben durch die Stilllegung der Hütten. Die bestehenden Lieferungsverträge auf Eisenstein werden annulliert, und der Bedarf der Siegerländer Hütten in Koks wird derzeit beschränkt, daß der Eisenstein-Eisen-Eisen in Koks-Stilllegungen noch auswärts suchen und seine Koksunterzeugung stärker einschränken muß; denn auswärtige Bezüge für Koks hat er nicht. Für Koks ist die Nachfrage aber noch stärker als die Leistungsfähigkeit der Gruben. Die weitere Ein-gebung von Abfällen in Koks birgt aber auch die Gefahr in sich, daß, wenn bei den Hütten im Siegerland wieder stärkerer Bedarf für Koks auftritt, die Gruben wegen anderweitig eingegangener Ver-pflichtungen diesen Bedarf nicht decken können. Da die Ausfichten am Hoheisenmarkt wenig hoffnungsvoll sind, so besteht die Befürchtung,

das der Stilllegungsprozess bei den schwächeren Hütten im Siegerland nach weiteren Fortschritten machen wird und schließlich nur noch diejenigen Hütten in Betrieb bleiben, deren Produktion von dem Selbstverbrauch aufgenommen wird. Die reinen Hochöfen, das heißt die schwach fundierten und unrentabel arbeitenden — und deren sind nicht wenige — scheinen von der schiefen Konjunktur hinweggefegt zu werden. Auch ein Syndikat kann eben den Gang wirtschaftlicher Entwicklungstendenzen nicht hinhalten.

Weshalb können Syndikate den Gang wirtschaftlicher Entwicklungstendenzen nicht aufhalten. Aber sie regeln Produktion und Preise und ermöglichen somit auch eine einheitliche Festsetzung der Löhne im Sinne von Tarifverträgen. Wenn die Syndikate auf den Abschluss von Tarifverträgen hinwirken, so daß beim Warenumsatz ein größerer Anteil des Verkaufserlöses in das Lohnverhältnis überführt würde, könnten die Krisen mit ihren verheerenden Folgen wenn auch nicht ganz beseitigt, so doch außerordentlich gemildert werden. Aber gerade die am stärksten syndikalisierten Industrien zeigen der Anerkennung der Arbeiterorganisationen und Tarifverträge den schroffen Widerstand entgegen und verschärfen damit auch die wirtschaftlichen Krisen. Die Arbeiter aber sind die zumeist Leidtragenden.

**Auflösung des Braunkohlen-Wirkstoff-Verkaufs-Vereins.**

Am 17. Januar fand in Köln eine Versammlung der rheinischen Braunkohlenwerke statt, in der über die Erneuerung des Braunkohlen-Wirkstoff-Vereins beraten wurde. Es waren sämtliche Werke mit Ausnahme der Wachtberggruppe und Lütbar vertreten. Eine Einigung wurde nicht erzielt, sondern das Syndikat wird zum 1. April 1913 auseinandergehen. Die Vertreter der rheinischen Aktiengesellschaft für Braunkohlenbergbau und der Koblergube erklären, ein Rumpfsyndikat bilden zu wollen; sie würden zur Beteiligung daran solche Werke einladen, die ihnen geeignet erscheinen.

Die Auflösung des Wirkstoff-Verkaufs-Vereins ist nur eine Folge der Konzentrationsbewegung im Braunkohlenbergbau und des Strebens einiger großer Konzerne nach dem Monopol. Im Kölner Braunkohlen-Werk ist es besonders die rheinische Aktiengesellschaft für Braunkohlenbergbau und Wirkstofffabrikation, die mit einem Aktienkapital von 20 Millionen Mark eine weit überlegene Stellung einnimmt. In dem Augenblicke, als die Wachtberggruppe durch die Übernahme der Kohlenwerke der Wochumer Wanklerma Hermann Schüler wird darüber u. a. gefaßt:

„Die größten Werte des hiesigen Bezirkes dehnen sich durch Anschließung weiterer Gruben gleichfalls aus. Vornehmlich ist es der Konzern der Rheinischen W. u. G. für Braunkohlenbergbau und Wirkstofffabrikation, der seine Vorherrschaft im Braunkohlen-Verkaufs-Verein zu Köln stärkt. Im letzten Jahre hat sich diese Gesellschaft weitere 618 000 Mk. Aktien der Glarnerberg-W. u. G. gesichert; sie hat die Produktion der zurzeit vorhandenen Anlagen von Glarnerberg übernommen und wird das zu Glarnerberg gehörende Feld Conrathgrube erschließen. Ferner hat sie den Betrieb der Grube Carl in Preußen der Gewerkschaft Hellenhammer durch Vertrag für 25 Jahre übernommen. Sie verfügt nunmehr über eine Quote von 1,8 Millionen Tonnen bei einer Gesamtbeteiligung von 4,2 Millionen Tonnen im Braunkohlen-Wirkstoff-Verkaufsverein.“

Die Rheinische Aktiengesellschaft für Braunkohlenbergbau und Wirkstofffabrikation produziert also jetzt schon 48 Prozent der Gesamtbeteiligung am Wirkstoff-Verkaufs-Verein. Es wird ihr daher nicht schwer fallen, die übrigen Werke zu erdrücken.

**Anleihe der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft.**

Nach der „Rhein. Westf. Ztg.“ (Nr. 103 vom 25. Januar) nahm die Gelsenkirchener W. u. G. eine 4 1/2prozentige Hypothekendarlehen in Höhe von 20 000 000 Mk. auf, zur Hälfte beim Wochumer Knappschaftsverein, zur anderen Hälfte bei der Knappschaftlichen Rückversicherungsgesellschaft. Die Gelsenkirchener W. u. G. hat ein Aktienkapital von 180 000 000 Mk., eine Anleihe von 80 000 000 Mk., so daß ihr Kapitalbestand mit der neuen Anleihe auf 260 000 000 Mk. steigt. Obgleich das von der „Rhein. Westf. Ztg.“ nicht gefaßt wird, darf man doch nach dem bisherigen Werdegang der Dinge annehmen, daß die neue Anleihe dem Ausdehnungsbedürfnis und damit der Machterweiterung der Gelsenkirchener W. u. G. dienen soll. So wachsen die Großen immer weiter ins Ungemessene.

**Aus der deutschen Arbeiterbewegung.**

**Kein Schutz des § 153 für gewerbsmäßige Streifbrecher.**

Kann ein gewerbsmäßiger Streifbrecher den Schutz des § 153 der Gewerbeordnung beanspruchen? Auf diese wichtige Frage hat die I. Strafkammer des Landgerichts in Kassel eine sehr interessante Antwort gegeben, zu der das Gericht auf Grund folgender Begebenheit kam. Im April vorigen Jahres streiften die Metallarbeiter einer Fabrik in Kassel-Niederröhren. Spitzhaken, unter Leitung des wegen schamloser Diebstahl mit Gefängnis schwer bestrafte „Monteurs“ Reiling, erschienen als Arbeitswillige auf dem Plan. Das Strafregister dieses Arbeitswilligenführers lautet:

- 1. 1895 wegen Körperverletzung mit 4 Wochen Gefängnis.
- 2. 1895 „ Körperverletzung mit 8 Wochen Gefängnis.
- 3. 1897 „ Betrugs mit 2 Wochen Gefängnis.
- 4. 1897 „ Kuppelei mit 9 Monaten Gefängnis, 3 Jahren Ehrenrechtsverlust und Polizeiaufsicht.
- 5. 1899 „ Körperverletzung mit 9 Monaten Gefängnis.
- 6. 1899 „ Uebertretung mit 1 Monat Haft.
- 7. 1899 „ Betrugs mit 2 Monaten Gefängnis.
- 8. 1900 „ Betrugs im Rückfall mit 6 Monaten Gefängnis.
- 9. 1901 „ Diebstahl mit 9 Monaten Gefängnis und 2 Jahren Ehrenrechtsverlust.
- 10. 1901 „ Diebstahl mit 3 Monaten Gefängnis.
- 11. 1902 „ Uebertretung mit 1 Woche Haft.
- 12. 1902 „ Diebstahl mit 10 Monaten Gefängnis.
- 13. 1903 „ Hehlerei mit 8 Monaten Gefängnis und 1 Jahr Ehrenrechtsverlust.
- 14. 1904 „ Diebstahl im Rückfall mit 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrenrechtsverlust.
- 15. 1907 „ Betrugs im Rückfall mit 1 Jahr Gefängnis und 3 Jahren Ehrenrechtsverlust.
- 16. 1907 „ Betrugs mit 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrenrechtsverlust unter Einrechnung der Strafe von 15.
- 17. 1912 „ Nötigung und Freiheitsberaubung mit 1 Monat Gefängnis.

Hinzu, eine feine Nummer! Und solcher Gelder bedient sich das Kapital im Kampfe gegen anständige Arbeiter!

Der Schlosser W., der eines Tages mit dem Keilung und einigen seiner Leute auf der Straße zusammenstieß, machte seinem Ingrimm über den Verrat an den Interessen der Arbeiter in schärfster Weise Luft. Er soll gerufen haben: „Ihr Streifbrecher, ihr Lumpen, euch möchte man die Gurgel herausreißen.“ Keilung, wie seine lange Vorstrafenliste ausweist, ein Ehrenmann, ließ zum Staatsanwalt und erhielt vom Schöffengericht zu Kassel, wegen öffentlicher Verleumdung (§ 185 Str.-G.-B.) in einschließlicher Zusammenkunft mit dem Vergegen gegen § 153 der Gew.-O. eine Gefängnisstrafe von 10 Tagen. Entgegen den Behauptungen des Angeklagten W. war das Schöffengericht bei Heranziehung des § 153 der Gew.-O. von der Voraussetzung ausgegangen:

„Die beleidigenden Verhörungen waren von der Absicht getragen, die Angeprochene zum Anschluß an den Streik zu bewegen. Der Angeklagte habe den Monteur Keilung durch Ehrverletzung zu bestimmen versucht, an Verabredungen und Vereinigungen von Fabrikarbeitern zum Behufe der Erlangung günstiger Löhne- und Arbeitsbedingungen mittels Einstellung der Arbeit teilzunehmen.“

Der verurteilte Metallarbeiter W. legte gegen dieses Urteil Berufung ein und erzielte, daß die Kasseler Strafkammer ihn nur wegen Vergehens gegen § 185 Str.-G.-B. verurteilte. So erhielt er statt der 10 Tage Gefängnis nur 75 Mark Geldstrafe. Gegen die Heranziehung des § 153 Gew.-O. im erstinstanzlichen Urteil machte W. geltend, er habe den Keilung nicht zum Anschluß an den Streik bestimmen, sondern lediglich sein Mißfallen über das Verhalten des Keilung ausdrücken wollen, der von Berlin zugereist sei, um sich als Streifbrecher beschaffen zu lassen und die Verleumdungen der einheimischen Arbeiter zu hindern, wie Keilung dies überhaupt gewerbsmäßig tue. Die Kasseler Strafkammer als Berufungsinstanz nahm diesen Tatbestand als vorhanden an und kam infolgedessen zu der beachtenswerten Entscheidung:

„Es steht fest, daß Keilung gerade aus Anlaß des Streiks eigens als Arbeitswilliger aus Berlin gekommen ist, und es mußte ein Versuch, ihn zum Anschluß an die Streikenden zu bestimmen, von vornherein als ausgeschlossen erscheinen.“

Bei dieser Sachlage hält das Gericht nicht für erwiesen, daß der Angeklagte durch die von ihm begangenen Ehrverletzungen den Monteur Keilung zu bestimmen versucht hat, an Verabredungen und Vereinigungen von Fabrikarbeitern zum Behufe der Erlangung günstiger Löhne- und Arbeitsbedingungen mittels Einstellung der Arbeit teilzunehmen. Der Angeklagte kann somit wegen Vergehens gegen § 153 der Gew.-O. nicht bestraft werden.“

Das ist einmal ein Streikurteil, das dem Rechtsempfinden des Arbeiters entspricht und dessen Logik zwingend genannt werden muß. Das Kasseler Gericht hat die Keilung und Genossen zurecht eingeklagt. Es war in der Tat völlig ausschließend, Leute dieses Schlages zum Anschluß an einen Streik bestimmen zu wollen. Deshalb haben organisierte Arbeiter einen solchen Versuch am untauglichen Objekt auch niemals gemacht. Spitzhakenkraft man mit Nummer Verachtung. Wer aber zu dieser die Selbstüberwindung herausfordernden Anschauung sich noch nicht durchringen konnte, sondern, übermüht vom Jorn über den gewerbsmäßig von den Keilung-Elementen verübten Verrat, diese Art von Zeitgenossen beschimpft, der kann wohl gemäß § 185 des Str.-G.-B. wegen einfacher Verleumdung bestraft werden, nicht aber mit Gefängnis wegen Vergehens gegen § 153 der Gew.-O., denn das traurige Gewerbe der Spitzhaken stellt diese Sorte Arbeitswillige außerhalb des Schutzes jenes unglücklichen Paragrafen.

Stellen die deutschen Gerichte sich künftig auf den Boden des logisch unanfechtbaren Standpunktes des Kasseler Gerichtes, so wäre das ein gewar nur kleiner, aber immerhin erfreulicher Fortschritt auf dem Gebiete des Koalitionsrechtes.

**Süddeutsche Gerichtsurteile über „christliche“ Streikführer.**

Am 16. Januar hatten sich ca. 20 Arbeiter, die im Karlsruher Bergwerk beschäftigt waren, vor dem Landgericht Pforzheim wegen Streikvergehens zu verantworten. Wir entnehmen dem „Bayerischen Wochenblatt“ über die Verhandlungen folgendes:

„Die Angeklagten hatten sich der christlichen Organisation angeschlossen und reichten an den Arbeitgeber Forderungen ein. Als diese schroff zurückgewiesen wurden, traten die Arbeiter in den Streik. Wegen der Unnachgiebigkeit des Unternehmers und weil die Streikenden der Meinung waren, daß die Gewerkschaft sich einseitig auf die Seite des Unternehmers stelle, gerieten sie in eine befeindliche Erregung, die auch bei sich niederknien Arbeitswilligen gegenüber zum Ausbruch kam. Als am 4. Dezember die Häuslersöhne Schreiner und Mandl aus Schönbrunn sich auf Arbeitsfuss zum Karlsruher Bergwerk begeben wollten, wurden sie von dem Streikposten Spindler unter Drohungen zurückgehalten. Am nächsten Tage versuchten abermals mehrere Arbeiter, in die Fabrik zu gehen. Der Streikposten Oberl konnte sie nicht zurückhalten, weshalb er den in einem Gasthause befindlichen Kollegen durch Pfeifen zu erkennen gab, daß etwas los sei. Nun kamen ca. 45 Streikende aus dem Lokal und die Arbeitsscheudern wurden verprügelt. Der Arbeiter Weber schlug sogar auf die stehenden, ohne jedoch zu treffen. Die bürgerliche Presse schrieb damals, die Täter würden sich wegen Landfriedensbruchs zu verantworten haben; aber die Anklage lautete nur auf Körperverletzung. Es erhielten: Spindler 8 Wochen, Mühl und Weber je 4 Wochen über 8 Wochen Gefängnis, weitere 8 Mann je 10 Tage, 2 je 14 Tage; die übrigen wurden freigesprochen.“

Die Angeklagten sind zu beklammern, daß sie sich nicht vor verschiedenen oft- oder norddeutschen Gerichten zu verantworten hatten. So billig wie in Pforzheim wären sie nicht davongekommen. Aber was nicht ist, kann noch werden. Wenn der sehnliche Wunsch des „christlichen“ Arbeiterführers und bayerischen Landtagsabgeordneten Oswald, daß man in Süddeutschland hoch die harten norddeutschen Urteile einführen möchte, in Erfüllung gehen wird, dann wird es so weit kommen, daß auch „christliche“ Streikführer wegen solcher Vergehen, wie sie im Pforzheim-Prozess zur Aburteilung standen, nicht nur auf Wochen, sondern auf Monate ins Gefängnis gehen müssen, das heißt, wenn sie Glück haben. In Norddeutschland winkt den Streikführern häufig genug das Zuchthaus, auch wenn sie nicht viel mehr begangen haben als die streikenden Arbeiter in Pforzheim.

**Internationale Rundschau.**

**Streiks und Ausperrungen 1912 in Oesterreich.**

Nach dem offiziellen Bericht über die Streiks und Arbeitseinstellungen in Oesterreich zählte man im Jahre 1912 761 Streiks (1911: 708) mit 120 958 (122 001) Beteiligten in 2818 (2807) Betrieben. Im Durchschnitt haben 57 (64) Prozent der in den bestritten Betrieben beschäftigten Arbeiter die Arbeit niedergelegt, so daß in dieser Beziehung eine Verschlechterung eingetreten ist. Die größte Zahl der Streiks entfällt auf das Baugewerbe mit 180, dann folgen die Industrie mit 77, Bekleidungsindustrie mit 66, Metallindustrie mit 33, Holzindustrie mit 27, Bekleidungsindustrie mit 72, Textilindustrie mit 71, Bergbau mit 67 und Maschinenindustrie mit 64 usw. Der längste Streik währte 274 Tage, doch betrug die Durchschnittsdauer nur 17 Tage. Bei 62 Prozent aller Streiks handelte es sich um Lohnforderungen. Ausperrungen waren 40 (22) zu verzeichnen mit 24 295 (28 75) beteiligten Arbeitern, von denen 23 799 wieder eingestellt wurden. Wenn auch die Anzahl der Ausperrungen bedeutend gemacht ist, so deutet die letztere Zahl doch darauf hin, daß die Gewerkschaften auch in diesen Kämpfen sich wohl zu schützen vermochten.

**In Ungarn genau wie bei uns.**

Den ungarischen Bergarbeitern ist durch Landesgesetz der Anschluß an die österreichische Union untersagt und alle Versuche, auf diese oder jene Weise dennoch die Genehmigung zum Anschluß zu erlangen, mißglückt, und damit auch jeder ernstliche Widerstand gegen die durchdringbare Drangsalierung und Ausbeutung durch die magyarischen Ausbeuter. Nach mehrfachen mißlungenen Versuchen ist es unseren ungarischen Kameraden nun vorigen Sommer gelungen, eine selbstständige ungarische Bergarbeiterorganisation zu gründen und auch trotz brutaler Anfeindungen seitens der Unternehmer und der Polizei zu halten, ein eigenes Flaggschiff herauszugeben, das rüchlos gegen die Mißwirtschaft und für Besserung der Knappenslage kämpft. Nun ist den ungarischen Bergarbeitern ein viel gefährlicher Feind entstanden als Unternehmer und Polizei, nämlich der — Alexus! Nachdem Unternehmer und Polizei die junge Organisation nicht mehr kaputt machen können, kommt der Alexus her und versucht, einen Keil in die bis jetzt noch einige Knappenslage zu treiben, indem er die Gründung einer Gegenorganisation versucht, genau wie 1894 in Deutschland. Bisher hat sich kein Geistlicher um die geradezu elenden Verhältnisse der ungarischen Bergarbeiter gekümmert, keiner hat jemals den Versuch gemacht, sie zu organisieren, um so eifriger sind sie allerdings nun bestrebt, sie jetzt auseinanderzutreiben. Unser Wundaposter Bruderorgan, der ungarische „Bergarbeiter“ vom 22. Januar, schreibt:

„Daß die Organisation der Arbeiter den Gesellschaften nicht paßt, kann man leicht begreifen. Die Arbeiter wollen durch die Kraft ihrer Organisation ihre Lage verbessern und dies ist nur möglich durch die Verbesserung der Löhne. Den Jorn der Geistlichen aber können wir nicht verstehen. Sie sind doch die Seelenhirten ihrer Gläubigen und als solche müßten sie sich bestreben, daß ihre Gläubigen im Wohlstand und Zufriedenheit leben können. Noch viel weniger ist es verständlich, wenn man bedenkt, daß die meisten Gruben im Besitze jüdischer Kapitalisten stehen. Also der katholische Seelenhirt schüßt die jüdischen Grubenbesitzer gegenüber seinen eigenen Glaubensgenossen.“

Ein solcher Seelenhirt ist der Pfarrer von Karancskeh, Herr Kapostol. Er ist juchend böse auf die Grubenarbeiter, seitdem sie den „Bergarbeiter“ lesen. Ormas, schlug er dagegen aus, warum sie solche aufreizende, nichtsnützige Zeitungen lesen, statt sich in den christlich-sozialen Verein einzuschreiben. Er erbot sich gleich dafür, daß er ihnen unentgeltlich Bücher verschaffe und auch Sitzungen anstellt, so oft sie nur wollen. Nachdem er bei den Versammlungen angelangt war, versprach er ihnen auch, daß er in Zukunft auf keinen Regierungskandidaten, sondern auf die Opposition stimmen wird. Als er gefragt wurde, warum er nicht bei der letzten Wahl auf den Kandidaten der Opposition stimmte, gab er zur Antwort, daß der Kandidat zu spät aufgetreten sei und er ihn nicht so genügend kennen lernen konnte.

Also der Herr Pfarrer wäre auf einmal bereit, alles zu erfüllen, nur daß sich die Bergarbeiter nicht organisieren sollen. Warum hat er sich bisher nicht um sie gekümmert? Warum hat er sie gerade jetzt entdeckt, wo sie nun nach ihrem Ermessen handeln wollten? Einen christlich-sozialen Verein will der Herr Pfarrer gründen? Natürlich einen solchen, in dem er, der Grubenwächter, selbst wenn er ein Jude ist, und der Stahlführer die Führer wären. Sie würden ihren Gläubigen predigen, welche von christliche Tat es ist, und die Saat

berunterzuwerfen zu lassen und die Taschen der Grubenarbeiter voll-ausstopfen. Wenn sie sich schon organisieren wollen — dachte sich der Herr Pfarrer — warum sollen sie sich nicht so organisieren, wie er es will? —

Genau wie bei uns! Erst als sich die deutschen Bergleute aus eigener Kraft heraus eine Organisation geschaffen hatten, kamen die Herren Geistlichen und gründeten eine Gegenorganisation, die 1912 als zuverlässige Streikbrückengabe ihren Daseinszweck bewiesen und den Unternehmern Millionenprostitute geliebert hat.

**Aus der englischen Arbeiterwelt.**

Die Unzufriedenheit, welche sich in der Arbeiterwelt des ganzen Landes bemerkbar macht, läßt eine sehr ernsthafte Zeit im wirtschaftlichen Leben erwarten. Die Vorfälle der letzten Zeit deuten an, daß den organisierten Arbeitern große Kämpfe in der nahen Zukunft bevorstehen. Arbeitgeberverbände machen Versuche, die Regeln der Gewerkschaften zu durchbrechen, und verlangen, daß es ihnen freistehen soll, ob sie organisierte oder unorganisierte Arbeiter beschäftigen wollen. Die Arbeitgeber im Baugewerbe in London haben sich schnell ein Spiel an ihren Kollegen in Dublin genommen und haben ihren Arbeitern die Forderung unterbreitet, daß jeder einzeln unterschreiben soll, mit unorganisierten Arbeitern friedlich zusammen zu arbeiten und an keinem Sympathiestreik teilzunehmen. Im Falle der Zuwiderhandlung soll sich der Unterzeichner verpflichten eine Strafe von 20 Mk. zu zahlen. Dieses Ansinnen hat ungeheuer böses Blut erzeugt und die Gewerkschaftsbeamten haben ihre Mitglieder unterrichtet, dieses Schriftstück unter keinen Umständen zu unterschreiben. Am 21. Januar war die Nebenzeit abgelaufen und bei der Lohnzahlung melterten sich die Arbeiter, ihre Unterschrift zu geben. Die Arbeitgeber erklärten dann, die Arbeiter am folgenden Montag früh auszuschließen, wenn sie sich auf ihren Arbeitsplätzen melden. Vorläufig werden gegen 30 000 Arbeiter betroffen, die sechs verschiedenen Gewerken angehören, und da im ganzen 18 Gewerke in Betracht kommen, so wird sich im Baugewerbe in London ein Kampf abspielen, an dem 140 000 Arbeiter beteiligt sein werden, wenn die Arbeitgeber dieser Gewerkschaft ausführen.

London, die Weltstadt mit 6 000 000 Einwohnern, ist von einer Kohlennot betroffen worden, welche die arme Bevölkerung in der bitteren Kälte empfindlich trifft. In den Kohlengeschäften sind Differenzen ausgebrochen und die Arbeiter sind in den Ausland getrieben. Die Zahl der Streiker ist auf 12 000 gestiegen und die Kohlenversorgung ist zum Stillstand gekommen. Die Arbeiter verlangen eine Lohnzulage von 8 Pf. pro Tonne und bei dem guten Geschäft, das die Händler machen, ist diese Forderung beschleunigt. Die Zuhälter haben im Winter bei dem jetzigen Lohn einen Verdienst von 30 Mark die Woche und die Kohlenfüller und Träger stellen sich auf 30—35 Mark, aber im Sommer ist der Verdienst viel geringer. Für die Lebensverhältnisse in London und die schwere Arbeit ist der Verdienst im Durchschnitt immer noch viel zu niedrig. Die Preise saßelt freilich von einem Durchschnittsverdienst von 50 Mk. die Woche, und wenn die Arbeiter ihre Forderung durchsetzen, dann müßten die Konsumenten eben höhere Kohlenpreise zahlen. Beim Ausbruch des Streiks stand der Preis 1,65 Mk. pro Zentner gleich 33 Mk. pro Tonne. London steht allen Städten in Kohlenpreisen voran. Für Hausstoffe stellt sich der Preis wie folgt pro Tonne: ab Beche 14—16 Mk., in London 40 Mk., Liverpool 21,50 Mk., Manchester 21,06 Mk., Leeds 25 Mk., Cardiff 26 Mk., Wirmingham 21,50—22,50 Mk.

Die Gewerkschaft der Kohlenträger ist sehr stark und scharfe Maßregeln sind ergriffen worden, um die Kohlenversorgung abzuschneiden. Selbst Krankenhäusern ist die Zufuhr verweigert worden. In manchen Teilen der Stadt, wo sich ein Fuhrmann mit einer Ladung auf die Straße wagt, hatte die Polizei viel zu tun, um das Wablen der Kohlen durch die Streikenden zu verhindern, was aber nicht immer gelang. Die Streikenden haben sich bis jetzt ruhig verhalten, trotzdem auch hier Studenten einige Ladungen Kohlen aus Geschäften holten und unter dem Geheule der Zuschauer nach dem Bestimmungsort brachten. Es scheint Mode zu werden im klassischen Lande der Arbeiterbewegung, daß die studierende Jugend sich in den wirtschaftlichen Kampf mengt. Vielleicht werden diese Herren später einmal zu Schiedsrichtern in gewerblichen Sachen ernannt werden. Dann wird auch sicherlich ihre Entscheidung auf die richtige Seite fallen. Es ist ein gutes Zeichen für die Streikenden, daß die Kohlenhandlung von Eb. Cornwall, die 18 Niederlagen beist, von der Vereinigung der Händler zurückgetreten ist und den Arbeitern die Zulage gewährt hat.

Den Bergarbeitern in der Grafschaft Pforzheim ist ein neuer Streikrisiko entstanden. Die Einführung weiblicher Arbeiter auf der Zeche der Neuen Scharlsion-Grubengesellschaft bei Walsfield kennzeichnet eine neue Entwicklung im Kohlenberwerb. Die Verwaltung hat 20 Mädchen angestellt, welche die Steine aus den Kohlen während des Durchlassens entfernen. Als Ursache für die Anstellung der Mädchen wird angegeben, daß die Verwaltung keine Jungen bekommen kann. Die Mädchen sind die Töchter der Bergarbeiter, die in der Grube beschäftigt sind, und die Eltern sind froh, einen Zusatz zum Einkommen zu erhalten. In dem kleinen Bergarbeiterdorf und der nächsten Umgebung gibt es weiter keine Beschäftigung für die Mädchen und diese erklären, daß ihnen die Grubenarbeit gefällt. Die Beschäftigung weiblicher Arbeiter auf Gruben in der Grafschaft Lancashire ist allgemein bekannt, aber in Pforzheim ist sie seit langer Zeit ausgemergelt und so hat die Beamten der Bergarbeitergewerkschaft von der Anstellung der Mädchen unterrichtet wurden, machten sie den Grubenverwaltungen Vorstellungen. J. Madsworth und G. Smith haben erklärt, daß alle Kräfte eingesetzt werden, die ihnen zur Verfügung stehen, um zu verhindern, daß die Beschäftigung weiblicher Arbeiter auf Gruben festen Fuß faßt.

**Beschäftigung, Löhne und Lebensmittelpreise in England.**

Für Großbritannien waren die letzten Jahre noch Jahre einer außerordentlichen Hochkonjunkturperiode. Nur in der letzten Hälfte des Jahres 1913 machte sich ein Abflauen der Arbeitsgelegenheit bemerkbar. Die 800 000 Gewerkschaftsmitglieder umfassende Statistik der Trade Unions gibt folgenden Durchschnittslohn an Arbeitslosen an: 1906: 3,6; 1907: 3,7; 1908: 7,8; 1909: 7,7; 1910: 4,7; 1911: 3,0; 1912: 3,2; 1913: 2,1. Wenn man von den Wirkungen des großen Kohlenarbeiterstreiks im März und April des Jahres 1912 abstrahiert, so zeigt dieses Jahr eine Arbeitslosenquote von 2,4 Prozent, die also immer noch ungünstiger ist als die des Jahres 1913. Tatsächlich wies das letzte Jahr die niedrigste Arbeitslosigkeit seit 1899 auf. Im Vergleich wurde sogar der seither erreichte Betrag an durchschnittlich pro Woche gearbeiteten Tagen (5,58) erreicht. In der Metallindustrie war während der ersten sechs Monate des Jahres der Konjunktur günstig; nachher flaute das Geschäft ab. Für den Maschinenbau war 1913 ein Jahr von ausnahmsweise guter Beschäftigung; hier betrug die Zahl der Arbeitslosen durchschnittlich nur 1,9 Prozent. In der Textilbranche war gleichfalls in der ersten Hälfte des Jahres flatter Geschäftsgang, in der zweiten ein Nachlassen zu verzeichnen, während im Baugewerbe die Verhältnisse besser als seit sieben Jahren waren.

Die englischen Arbeiter profitierten von dem guten Geschäftsgang durch ziemlich wesentliche Lohn-erhöhungen. Die Gesamtzahl der Arbeiter, deren Löhne im vergangenen Jahre eine Veränderung erfahren, war 1 770 072. Davon bekamen 1 730 872 eine Erhöhung von zusammen 165 944 Pfund Sterling pro Woche, 86 135 erlitten eine Herabsetzung von zusammen 1766 Pfund Sterling, während die übrigen 3056 halb steigende halb sinkende Löhne hatten, die zum Schluß auf den Ausgangspunkt des Jahres zurückgingen. Das Gesamtergebnis aller Veränderungen war eine Steigerung von 164 178 Pfund Sterling, das sind etwa 200 Millionen Mark pro Jahr. Arbeitseinkommen der unorganisierten Arbeiterzeit um 4783, 103 637 aber eine Verkürzung um 274 897 Stunden, so daß also auch hier ein Erfolg zu verzeichnen ist.

Zum Teil wurde allerdings die erzwungene Lohnerhöhung wieder weit gemacht durch eine allgemeine Steigerung der Warenpreise. Die Indexnummer für Londoner Lebensmittelpreise stieg um 0,3 Prozent und war die höchste seit dem Jahre 1892 erreicht. Sie stand um 14,8 Prozent über dem als Ausgangspunkt genommenen Jahre 1900. Verhältnismäßig am teuersten war das Fleisch, das im Berichtsjahre um 5,8 Prozent stieg und zum Schluß um 20,9 Prozent über dem Ausgangspunkt stand. Dagegen waren die Indexnummern für Getreide und Getreideprodukte nur 116,2, für Molkeprodukte 109,3, für Kaffee, Tee und Kakao 104,7 usw.

Alles in allem kann die britische Arbeiterbewegung mit dem abgelaufenen Jahre wohl zufrieden sein. Es fragt sich nur, ob die sich in der letzten Hälfte des Jahres ankündigende schlechtere Konjunktur sich auch im neuen Jahre fortsetzen und eine längere Depressionsperiode einleiten wird. Die bis jetzt vorliegenden Anzeichen, vor allem die Haltung der Börsen, scheinen in diese Richtung nicht zu rechtfertigen.

Verufsorganisationen in Frankreich 1912.

Nach dem soeben veröffentlichten Bericht des französischen Arbeitsamtes...

Table with 4 columns: Berufsgruppe, Zahl der Verbandsorganisationen, Zahl der Mitglieder (Arbeitgeber, Arbeitnehmer), Gesamtzahl der Mitglieder.

Wie aus diesen Zahlen ersichtlich, sind die Unternehmer heute schon in den meisten Industriezweigen weit besser organisiert...

Ueber die besonderen Einrichtungen der Gewerkschaften informieren folgende Zahlen:

Table with 3 columns: Art der Einrichtung, Anzahl der Gewerkschaften, Anzahl der Mitglieder.

Gewerkschaftsstatistik und andere Verbindungen der Gewerkschaften gab es im Unternehmerrlager 180 mit 4159 angeschlossenen Organisationen...

Arbeitsämter (Arbeitsnachweise) bestanden Ende des Jahres 141, denen 2332 Gewerkschaften mit 491417 Mitgliedern angeschlossen waren...

Den freien Gewerkschaften bzw. dem französischen Gewerkschaftsbund (Confederazione Generale Travail) gehören von den 1027 059 organisierten Arbeitern nur zum 400 000 an...

Knappschäftliches.

Die ersten Knappschäftswahlen nach der Generalsammlung im Bismarck-Knappschäftsverein.

Bei den am 31. Januar nachmittagshin abgehaltenen Knappschäftswahlen haben die Bergarbeiter gezeigt, daß sie mit dem Verhalten der Verbandsältesten einverstanden sind...

Table with 4 columns: Ortsname, Partei, Stimmenzahl, Ergebnis.

Die Gesamtstimmenzahl verteilt sich folgendermaßen: Verband 1080, Christliche Gewerkschaften 474, Politische Gewerkschaften 161, Gelbe 413.

Das ist die Frucht des Streikbrotts vom Frühjahr 1912. Der Verband hat, wie zu erwarten, gut abgeschrieben...

Die Verpflegung in den Knappschäfts-Krankenhäusern.

Von dem Grundsatze ausgehend, daß diejenige Krankenanstalt, dem erkrankten Arbeiter den größten Dienst leistet, die ihn in der kürzesten Zeit wieder herstellt, werden in den Knappschäfts-Krankenhäusern alle Mittel angewendet...

Dieses seitlich genaue Revisionsverfahren führte ausweislich der Protokolle bisher zu folgenden Ergebnissen: Soweit Beschwerden vorgebracht wurden, bezogen sie sich entweder auf den Anstaltsbetrieb selbst...

Ein schöner „Erfolg“ der Saarbrücker.

In der Generalversammlung des Saarbrücker Knappschäftsvereins am 15. November waren die „Christlichen“ Kräfte in ihrer überwältigenden Mehrheit schlapp geworden...

Zur Generalsammlung im Bismarck-Knappschäftsverein.

In Nr. 8 vom 17. Januar d. J. geht der „Bergknapp“ auf unseren Bericht über die Generalsammlung der Bismarck-Knappschäftsvereinigung ein...

Christliche Kräfte haben sich selbst mehrmals darüber beschwert, daß die Behandlung mancher Knappschäftsärzte gegenüber den Knappschäftsmitgliedern eine unangenehme sei...

Der Vorstand weigert sich beständig, daß die von den Verbandsältesten gestellten Anträge mit zur Beratung gelangen...

Der „Bergknapp“ sagt weiter, die Verbandsältesten hätten keinen Unterschied gemacht zwischen „K a n n“ und „R u f“ Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung...

Es durch den Betriebsunfall ein Anspruch nach dieser Satzung, als auch ein Anspruch nach dem dritten Buch der R.-V.-O. begründet...

Diese Bestimmung hat Bezug auf die Unfallkranken für die Zeit von der 13. bis 26. Woche der Erwerbsunfähigkeit. Welcher Arbeiter erzieht nun aus dem § 43, was für Ansprüche er an die Knappschäfts- und an die Berufsorganisation hat?

schaffen, den Unfallkranken für 26 Wochen Krankengeld zahlen. In der neuen Satzung besagt § 23, daß den Unfallkranken von jetzt ab von der 13. bis zur 26. Woche nur noch so viel Krankengeld gezahlt zu werden braucht...

Mißstände auf den Gruben. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Sehe Alma. Das Stackspeien steht in schöner Wäldchen und werden die Kameraden bestraft wegen Ladens unreiner Kohlen oder Mindermaß und wegen sonst jedem Quark. Wecht man aber morgens durch die Höderstrecken, so steht man Kohlenwagen stehen, die in der Straße geladen werden...

Fiskalische Sehe Scholven in Buer. Hier sind Mißstände einzuzeichnen die man auf Privatwegen kaum schlimmer antreffen kann. Die Kohlenwagen können nicht voll genug geladen werden...

Sehe Waltrou. Staatsgruben sollen Mustergruben sein. Dies Wort Wilhelm II. trifft leider auf unseren „Bitt“ nicht zu, oder es müssen denn einige Praktiken des Betriebsführers als Muster angesehen werden...

Sehe Zentrum, Schacht II. Die flotte Zeit ist vorbei, jetzt geht die Löhne gründlich herunter. Dauerlöhne von 5,20, 4,80 und herunter bis 4,35 Mk. sind hier keine Seltenheiten...

es nicht in der Selbsthät passierte, sonst wären doch ohne Zweifel die darauf befindlichen Leute zu Schaden gekommen. Das sind eben, wie gesagt, die Folgen der Lieberichtsung und der Jagd nach Kohlen. Die Kumpels machen das alles so ruhig mit, nur um das elende Dasein fristen zu können. Wann werden sich die Kumpels auf ihre Menschenrechte besinnen und diese Zustände abschaffen?

### Oberbergamtsbezirk Bonn.

Grube Georg Josef. Schon wiederholt waren wir gezwungen, uns mit den Mitglidern auf dieser Grube zu befassen, ohne das bisher eine zufriedenstellende Aenderung eingetreten ist. Erstreckt unsere Kritik dann geht es einige Tage gut; kurz darauf verfällt man immer wieder in den alten Schandrian. Anlässlich des letzten Unglücksfalles machten wir die Bergbehörde darauf aufmerksam, dass dieses Unglück nur durch zurückzuführen sei, dass mit Schichtschluss sämtliche Schäfte abgegriffen wurden. Bei dieser Sachlage kann nämlich die einzelne Kameradschaft gar nicht feststellen, ob sich auch sämtliche Schäfte entladen haben. Es muss in allen Ecken und da ist eine Kontrolle völlig ausgeschlossen. Was das ist aber in dieser Hinsicht nicht gesehen, was auf ein Eingreifen der Bergbehörde zurückzuführen wäre. Dann müssen wir den „Steiger“ Schumacher dringend ersuchen, sich höhere Umgangformen anzueignen; er sollte doch bedenken, dass es nicht zum Beruf eines Beamten gehört, frühere Mitarbeiter schlecht zu behandeln. „Bei der Arbeit darf nicht gesprochen werden!“ das ist der Befehl des Herrn Schumacher. Diese Anordnung ist doch unstatig. Und doch sind zwei Kameraden, welche Arbeitsverhältnisse besprechen, dafür mit je einer halben Schicht bestraft worden. Auch dem Herrn Kohlenhauer können wir empfehlen, sich die abfälligen Bemerkungen über unsere Organisation zu ersparen, demgegenüber sein Augenmerk auf den Stollen zu lenken und dafür zu sorgen, dass dieser zurechtens fruges passiert werden kann. Einige Wagen Steine würden dazu genügen.

### Oberbergamtsbezirk Breslau.

Guthfingergruben (Anselmischacht). In letzter Zeit sind hier solche Zustände eingetreten, auf Grund welcher, wenn sie den Arbeitern zur Last werden könnten, diese längst mit hohen Beschwerden seitens der Grubenverwaltung befragt würden. So z. B. ist die Fahrung im Frangisch, von der dritten auf die vierte Sohle, in schlechteren Zuständen. Dies wiederum ist stellenweise ganz durchbrochen, so dass man die Wetze brechen kann. Melbet man das dem Steiger, so bekommt man zur Antwort: „Was wollen Sie noch besseres haben? Im Himmel werden Sie nicht einmal so eine Fahrung haben. Wo Meier schlaue Steiger wissen kann, dass es im Himmelreich keine bessere Fahrung gibt? Hat er sich vielleicht die himmlischen Einrichtungen schon angesehen? Dann sollten Sie auf der 4. Sohle die Wortfädel in miserablen Zuständen befinden, sogar soll es stellenweise an solchen mangeln. Auf dem Querschlag sieht es auch verflucht schlecht aus. Die Wasserseige wird nicht in Ordnung gehalten, so dass das Wasser über die Seigen herausschleift und die Arbeiter in denselben herumwaten müssen. Dann fragen wir den Betriebsführer, ob ihm bekannt ist, dass die Selbsthät verspätet beginnt? Wir ersuchen die Grubenverwaltung, alle diese Missetaten zu bestrafen.

### Provinz Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

„Wohlfühlen“ der Mandelber Gewerkschaft. Das vielgerühmte „gute Einvernehmen“, das angeblich zwischen der Gewerkschaft und ihren Arbeitern bestehen soll und von dem großen Grubenbesitzer, dem „Bergboten“, immer besonders hervorgehoben wird, haben selber Arbeiter auf dem Wollschachte am eigenen Leibe verspürt. Im Laufe der vorigen Woche wurden diese Arbeiter entlassen, weil sie angeblich in einem blinden Schacht gefahren seien. Gewiß stehen wir auch auf dem Standpunkt, dass Ordnung im Betriebe herrschen muß, aber stehen Arbeiter deshalb hinstellen zu machen, fernzujagen so recht das „Wohlfühlen“ der Mandelber Mandelhaber. Die Unterbreitung und Schulkerei auf dieser Grube steht in voller Blüte und über Missetaten wird viel gesagt, ohne das Wohlfeil geschaffen wird. Die Arbeiter aber sind an diesen Missetaten selbst schuld. Bei jedem reichstreuem Alimbin nach allen Veranlassungen laufen sie wie eine Hamsterherde hinterdrein. Das Verständnis über ihre traurige wirtschaftliche Lage scheint bei ihnen vollständig verschunden zu sein. Bei jeder Gelegenheit werden noch von manchem indifferenten Kumpel über den Vergewaltigungsverband und über die sozialdemokratische Partei geschimpft. Wir möchten den gemäßigten Kumpels raten, bei ihrem reichstreuem Verbandsvorsitzenden Kalabs vorstellig zu werden und ihm über das traurige ihrer Lage zu berichten. Der gelbe reichstreuere Verein nimmt doch angeblich seine Mitglieder stets in Schutz. Vielleicht unterliegt er sie auch in der Zeit ihrer Arbeitslosigkeit. Für die anderen Arbeiter in Mandelber muß dies ein warnendes Beispiel sein, sich nicht durch solche Gelbheführer an der großen Arbeitersache in den gelben Verbänden hinstellen zu lassen, der doch nie ihre Interessen vertritt, nicht vertreten will und auch nicht vertreten kann, sondern sich den freien Arbeiterorganisationen anzuschließen, für uns der Vergewaltigungsverband. Das unheimliche Maßstab, der „Bergbote“, wird wohl, wie bei allen solchen Fällen, dieses Schweigen bewahren.

### Saargebiet und Reichslande.

Grube in Houve (Kreuzwald). Der in der vorletzten Nummer gebrachte Artikel hat bei den Beamten nicht wenig Bestätigung hervorgerufen. Haben dieselben doch mit Schweden wahrgenommen, dass bereits wieder Mitglieder des alten Verbandes auf dem „Musterpütt“ Wuto sich eingetippt haben. Mit allen Mitteln wurde versucht, herauszubekommen, wer Mitglied dieses gefährdeten Verbandes ist. Belohnungen von 3-20 Mark wurden einzelnen Arbeitern versprochen, wenn dieselben den Kritikkreiser namhaft machen würden. Durch diese Belohnung ist es denn auch gelungen, ein Verbandsmitglied zu ermitteln, dem dann sofort die Arbeit gekündigt wurde. Was nun aber die genannten Missetaten auf diesem „Musterpütt“ anbelangt, so ist in der genannten Nummer zu wenig angeführt worden. Ist denn dem Betriebsführer nicht bekannt, dass sich die einzelnen Kameradschaften die bereits gelegten Schienen herausreißen, oder gestellte Bahnen wieder herausheben, um sie selbst zu verwenden? Dies geschieht doch sicher nicht zum Zeitvertreib. Oder die Ausbrüche gerade des Steigers Braun, der sich ja besonders über den genannten Artikel aufgeregt hat, wie: „In A... lecken, faule Hunde, Lumpen“ usw., sind die nicht beim Betriebsführer bekannt? Außerdem sind doch erst am 23. Jan. zwei Mann bestraft worden, weil sie Schienen an einer verbotenen Stelle weggeholt hatten. Außerdem muß auch einmal die „großartige“ Wackelhaue aus Licht des Tages gezogen werden, denn die Sauberkeit darin läßt viel zu wünschen übrig. Der Herr Betriebsführer möge sich lieber hier etwas mehr darum kümmern. Dann brauchen die Verbandskameraden diese Angelegenheiten nicht in den Zeitungen zu veröffentlichen.

### Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund. Hedmann und Böttger.

Weil unser Kamerad Huc die Interessen der Arbeiter nicht so vertreten habe, wie „christlich-nationale“ Arbeiterführer“ das verlangen, deshalb gab Anlaß die Parole aus: Lieber den K u e f e l als H u e l und „Christenführer“ rufen im Jedemauto durch die Wahlkreise Bochum-Gelsenkirchen und Duisburg-Wülheim, um den erfahrenen Vertreter der „Kämpfers“ Scharfmacher, denen jedes Arbeiterrecht ein Grauel ist“, wie Anlaß im „Bergknappen“ (siehe zum Siege zu verhelfen. Bisher hat Hedmann noch nichts von seiner Weisheitsmiederei hören lassen, nur wech man, daß er als „christlich-nationaler“ Arbeiter und, wie ein evangelischer Vereinsvorsitzender jagt, als „Kämpfer“ der „Christlichen“ stammt an der Seite der Scharfmacher „regiert“. Für seine Berufskameraden, überhaupt für die Arbeiterschaft, hat er bisher noch nichts verlaun lassen. Während Hedmann schweigt, tritt Dr. Böttger, der „Ehrengeist“ auf „Christen“ langweilen, wo es im Parlament Arbeiterinteressen zu vertreten gilt, als Anwalt der Industriellen dagegen auf! Ein strapaziertes Beispiel für die Reichstagsverhandlung vom 14. Januar über den Gültnerarbeiter. In dieser Sitzung lagen dem Reichstags Petitionen vom Deutschen Metallarbeiterverband, den Eisen-Dünderwerken, von der Gesellschaft für soziale Reform, dem „christlichen“ Metallarbeiterverband und der Politischen Reformvereinigungen vor. Sie verlangten die achtstündige Schicht für die Gültnerarbeiter und gesetzliche Regelung der Selbsthätspitze, des Feststufensystems. Mit einer

fülle erforderlichen Material begründete unser Kollege Spiegel, der Berichterstatter der Kommission, die Notwendigkeit der geforderten Maßnahmen. Herr Dr. Böttger trat energisch als Anwalt der Großindustriellen gegen jede wirksame Maßnahme zugunsten der Gültnerarbeiter auf. Er bestritt, daß in der Eisenindustrie besondere Missetaten vorliegen, er bestritt die „Entschärfung der Bewegungsfreiheit“ durch die Gültnerarbeiterverbände, er wandte sich gegen die Beteiligung der Arbeiter an der Betriebskontrolle, er bestritt das Verbot des „Schichtsystems“ der Sozialreform, er jammerte über die Mißarbeit der Gültnerarbeiter infolge von „Kampfschichtsystem“, Rindtaschen, Konfirmation, Verabredungen (!), „aber weil sie Rindtaschen haben oder auch am Montag blaß machen. Und zum Schluß könnten die Herren Hedmann und Dr. Böttger ihre „arbeiterfreundliche“ Tätigkeit, in dem sie, wie alle Nationalliberalen, für den konservativen Verschleierungsantrag stimmten, der die Petitionen dem Reichstags „zur Erwägung“ überweisen sollte, während der Kommissionsantrag dahinging, den Teil der Petitionen, der den eigentlichen Gültnerarbeiterschutz betraf, dem Reichstags zur Berücksichtigung zu überweisen. Hedmann half mit, die „christlich-nationalen“ Forderungen, die noch auf der Berliner Christenkommission eine Hauptrolle spielten, in Gemeinschaft mit den „christlichen“ Ehrengeistes verscharren. Auf Anweisung des Bochumer „Kollablatte“, warum er, der „nationale“ Arbeiter und „christliche“ Gewerkschafter nicht für seine Arbeitsbrüder in den Gültnerwerken eingetreten sei, hat er sich von dem „Mittelischen Sprecher“ eine Entschuldigung schreiben lassen, in der es u. a. heißt:

„Weiter meint das „Kollablatte“, jede Partei habe die Nachteile der Arbeiter reden lassen, was als selbstverständlich anzusehen sei. Anders die Nationalliberalen. Ich stelle die Frage: Herr Dr. Böttger nicht Fachmann? Muß denn unbedingt der Fachmann ein Arbeiter sein? Gerade, weil es keine Parteifrage ist, erscheint es mir im Interesse unseres Wirtschaftslebens angebracht, daß auch andere Leute, die von der Sache etwas verstehen, zu Worte kommen und ich finde es daher ganz natürlich, daß man auch hier einen Fachmann wie Dr. Böttger — das „Kollablatte“ mag über Herrn Böttger denken, wie es will — hören wollte.“

Das „Kollablatte“ sagt dazu ganz richtig: „... Aber bitte, wozu sieht denn Herr Hedmann im Reichstags? Etwa dazu, um Herrn Böttger oder einem beliebigen anderen Unternehmervertreter Gelegenheit zu geben, bei Beratung einer Arbeiterpetition um Verbesserung ihrer Lage die Unternehmerinteressen zu vertreten? Uns will scheinen, daß er dazu nicht nach Berlin zu gehen braucht: das besorgen die Unternehmer ganz allein ohne Hedmann. Man hat uns doch gesagt, Hedmann müsse gewählt werden, um die Interessen der Arbeiter besonders gut zu vertreten, weil Huc das nicht verstanden hat. Und nun sagt uns Hedmann selber, es sei gerade das Missetat, daß bei der Beratung der Arbeiterfragen nicht er, sondern der Vertreter der Unternehmer zum Worte komme. Daß auch die Arbeitgeber ein Recht haben, gehört zu werden — ja, meint denn Hedmann, wir bestritten das? Fällt uns gar nicht ein. Aber dazu brauchen die Unternehmer doch keine Arbeiter im Reichstags. Und es braucht überhaupt nicht unsere Sorge zu sein, daß die Unternehmer zum Worte kommen. Die kommen im Reichstags ohne unsere Hilfe zum Worte, und noch viel nachhaltiger in den Bureaus der Regierung. Nach Hedmann hätte eigentlich die ganze Arbeiterbewegung keinen anderen Zweck, als dafür zu sorgen, daß die Unternehmer zu ihrem Rechte kommen.“ — Das trifft für die „christliche“ Bewegung allerdings vollkommen zu, folglich ist Hedmann auch ein würdiger Mitglied in dieser — Christengemeinschaft. Am 28. Januar hat sich der Abgeordnete des Gewerkschafts „christlicher“ Streikbrecher und Ehrengeistes, Herr Dr. Böttger, gegen den Terrorismus der Gewerkschaften und für die Gelben ausgesprochen. Auch die Gelben hätten ihre Existenzberechtigung, sagte der „christliche“ Ehrengeistes und Gewerkschaftsangehörige, und je nachhaltiger er für die Gelben und gegen die „christlichen“ Forderungen eintritt, um so sicherer kann er auf seine Wiederwahl durch die „Christen“ rechnen. Huc aber, der stets mit allem Nachdruck für die Forderungen der „Christenführer“ eingetreten ist, mußte fliehen. Wer es mit den „Christenführern“ nicht verderben will, der muß gegen alle Arbeiterforderungen stimmen, alle Arbeiterinteressen mit Füßen treten, der muß für Bollmücker, Steuererhöhung und für gelbe Gewerkschaften eintreten.

### Gelbe Einladungen sind vertraulich zu behandeln.

Darum bitten die Gelbenführer! Warum? Weil diese Einladungen klar beweisen, daß die Gelbenführer Söldlinge der Unternehmer sind. Das Kuerer, worin die Einladungen versandt werden, trägt folgende Etiquette:

„Sozialpolitisches Büro der Gewerkschaften Victoria Mathias, Mathias Stinnes, Friedrich Ernestine Graf Beust und Carolus Magnus, der Essener Steinlophenbergwerke A.G. und des Mühlheimer Bergwerksvereins A.G. verbunden mit Arbeiteretische Stelle Telefon Amt Essen Nr. 283 u. 401“

Die Einladung hat folgenden Wortlaut:

Berter Kamerad!

Wir berufen hiermit auf Freitag, den 23. Januar, nachmittags 6 Uhr, eine vertrauliche Besprechung ein, in der wir uns mit Ihnen und einigen gleichgesinnten Kameraden über Gewerkschaftsfragen und über die Gründung eines nationalen (gelben) Gewerkschaftsvereins auf der dortigen Grube unterhalten möchten. Die Sitzung findet in der Wirtschaft Julius Heinke, Botrop, Horststraße 151, statt. Wir bitten Sie, bestimmt zu dieser Besprechung erscheinen zu wollen, da wir großen Wert darauf legen, daß Sie sich an der Sitzung beteiligen. Im Übrigen bitten wir, diese Einladung vertraulich zu behandeln.

Mit freundlichem Glück auf!

Sartorius, Sozialsekretär. Stühle, Bergmann.

Sartorius, Sozialsekretär des sozialpolitischen Bureaus und der Arbeiterrechtschutzstelle der Zeche Zeche, denen — nach dem „Bergknappen“ — jedes Recht der Arbeiter ein Grauel ist, gegen deren Widerstand die bisherigen sozialen Gesetze zustande kamen, die sich mit Sünden und Füßen gegen jeden weiteren sozialpolitischen Fortschritt wehren — man denke an die Ministerkonferenz am 6. Februar 1909 im „Palast-Hotel“ in Berlin —, die ununterbrochen über die „unerträglichsten sozialen Leiden“ Jeter und Noctis schreiben. Der Spatz ist nicht übel! Das scheint der Herr Sozialsekretär Sartorius auch zu empfinden und darum muß der Vergamm Stühle Vorspann leisten. Dieses Leid sollte man doch, dem armen — 30 Stühle nicht antun.

### Lohnkürzungen auf Zeche Zeche Vogel und Unverhofft.

Auf Zeche Zeche Vogel und Unverhofft wurden am 1. Februar in dem Revier des Steigers Schwarz Lohnkürzungen an beiden Schichtlohnern vorgenommen, und zwar durchschnittlich 30 Pf. pro Schicht. Einem Schichtlohnner wurde sogar am 15. Januar mitgeteilt, daß er vom 1. Februar 80 Pf. pro Schicht weniger erhalten! Derselbe hatte bis jetzt 4 Mark Schichtlohn. Vom 1. Februar ab soll er noch 3,20 Mark erhalten. Dabei ist der Mann noch keine 30 Jahre alt.

### Ein Notruf katholischer Arbeiter.

Mehrere Mitglieder des katholischen Arbeitervereins aus Etze (Mhd.) sind dem Beispiel des früheren deutschen Staatssekretärs Wackel v. Bieberstein gefolgt und mit nachstehendem Notruf in die Öffentlichkeit getreten. Sie haben dazu die sozialdemokratische Essener Arbeiterzeitung gewählt und damit tatsächlich den Notruf

Weg eingeschlagen, weil im Bischofshaus die sozialdemokratischen Zeitungen am meisten beachtet werden. Der „Notruf“ lautet:

„Unter den Mitgliedern des katholischen Arbeitervereins Etze herrscht seit einiger Zeit große Unzufriedenheit. Der jetzige Präses, Herr Wackel v. Bieberstein, treibt mit aller Gewalt dahin, daß die Mitglieder sich der Sozialdemokratie anschließen sollen, was aber die Mitglieder nicht wollen, denn sie haben eine eigene Gewerkschaft. Anfang Dezember äußerte der Herr Wackel in einer Vorstandssitzung hierüber: „Schweber“ für schließt Euch der Sozialdemokratie an, aber es gibt in 1 1/2 Jahren kein Gewerkschaft mehr aus der Vereinsliste.“ In der Generalversammlung am 21. Dezember sollte über den Anschluß an die Sozialdemokratie abgemittelt werden. Mehrere Mitglieder verlangten Bestätigung der Gewerkschaft, worauf der Präses einfach erklärte: „Ich bin hier die maßgebende Person!“ Als die Mitglieder hierauf fürmlich Stimmgelb verlangten, schied der Präses den Schriftführer Dr. zum Wirt Begemann hin, damit dieser die Leute hinaussetze. Das Mitglied Wackel wurde darauf vom Wirt aufgefordert, das Lokal zu verlassen. Wackel war Mitglied des Vereins seit dem Jahre 1878. Als er das Lokal verlassen mußte, gingen eine ganze Anzahl Mitglieder, die mit dem Anschluß an die Sozialdemokratie nicht einverstanden waren, mit ihm hinaus. Es waren dies meist Leute, die 20 und mehr Jahre ihre Beiträge ehrlich gezahlt hatten. Einige Tage nachher erhielten mehrere von diesen Mitgliedern die Mitteilung, daß sie als Mitglieder gestrichen seien. Unter diesen befindet sich das Mitglied Dillert, das 38 Jahre Mitglied war. Er wurde auf Vorschlag des derzeitigen Präses am 24. Januar 1909 von der Generalversammlung in Anbetracht seiner großen Verdienste um den Verein zum Ehrenmitglied ernannt. Und jetzt als Weihnachtsfest: Streichung aus dem Verein!

Nach Aussage des Präses belaufen sich die Verpflichtungen des Vereins auf über 700 Mark pro Jahr: 1. Für „Westfälische Arbeiterzeitung“; 2. Mitgliedsbeiträge; 3. Bezirksverbandsbeiträge für den Bezirk Essen. Die Bezirksbeiträge betragen bis vor kurzem 60 Mark, jetzt 110 Mark pro Jahr.

Der Präses hat in einer Vorstandssitzung erklärt: „Es wird noch viel unnützes Geld ausgegeben für Sterbefälle. Man muß sich schämen, wenn auf der Konferenz der Präses erklärt wird: Geese ist noch so weit zurück, daß Sterbefälle aus der Vereinsliste gestrichelt wird.“ In einer Versammlung, die vor dem 21. Dezember stattfand, wurden aus der Versammlung die Rufe laut: „Raus aus dem Verband!“ Gemeint war der Verband katholischer Arbeitervereine, Sitz M.-Gladbach. Darauf erklärte der Präses Schulte: „Wenn Ihr aus dem Verband austritt, lege ich mein Mandat nieder, und ich werde an den Bischof schreiben, daß Ihr nie wieder einen geistlichen Herrn als Präses erhaltet.“ Hierauf erkundeten die Rufe: „Das schodt“ nicht, dann nehmen wir an anern!“

Auf der anderen Seite hat der Präses es verstanden, trotz der Mahnung des Kassierers einen Zeitungsboten anzustellen und ihn im Laufe von 14 Monaten 208 Mark aus der Kasse zu bewilligen. Früher wurde die Zeitung durch Vertrauensleute den Mitgliedern zugestellt. Dann hat der Präses eine Gesangsabteilung gegründet und dem Dirigenten jährlich 80 Mark bewilligt, und zwar ohne Beschluß der Generalversammlung. Dem Vorstand steht nur das Recht zu einer einmaligen Ausgabe von 80 Mark laut Statut zu. Ferner sollen 1860 Mark der Sozialdemokratie überwiesen werden für die Mitglieder des Vereins, die über 60 Jahre alt sind. Der Präses äußerte sich hierzu: „Die jüngeren Mitglieder bringen den alten gegenüber ein schweres Opfer.“

Diese Tätigkeit unseres Herrn Präses unterbreiten wir hierdurch der Öffentlichkeit. Wir als Katholiken sind gezwungen, da uns auf andere Weise kein Recht wird, diesen Weg zu beschreiten. Wir bitten die erzbischöfliche Behörde, uns zu schützen vor den Liebergriffen unseres Präses und Sorge dafür zu tragen, daß wieder eine gerechte Verwaltung, bei der auch die Rechte der Mitglieder gewahrt werden, eingeführt wird.

Mehrere Mitglieder des katholischen Arbeitervereins.

### Eine andere Ermeng.

Auf dem Kongress der anglikanischen Kirche der Verein. Staaten hielt der sozialistische Bischof Spalding von Utah eine Rede, der wir nach dem jetzt erschienenen stenographischen Bericht folgende Stelle entnehmen:

„Wir beten unseren Gott in einer großen Kirche wie diese hier an und verpassen den tiefen Untergrund auf der anderen Seite der Straße. Wir schauen auf die reichen Priesterkleider der Bischöfe und Priester und verpassen, daß Millionen unserer Mitglieder nur Lumpen als Kleidung haben. Wir diskutieren über theologische Lehren, Manier und Formeln und verpassen die Millionen, die vergebens einen Lohn fordern, von dem sie leben können. Wir verhandeln über Sünden und Gebete und verpassen, daß Zehntausenden unserer Mitbürger das Herz zu schwer zum Singen ist, daß ihren Glauben das Elend so geschwächt hat, daß sie das Leben verlieren können. Man kann unbeschäftigt das jährliche Einkommen der Teilnehmer dieser Konvention auf das Zehnfache des Durchschnittslohns des amerikanischen Arbeiters veranschlagen. Das heißt, daß Ihr jährliches Einkommen im Durchschnitt etwa 3500-4500 Dollar beträgt! Wie würde es Ihnen gefallen, von einem Zehntel dieses Betrages zu leben? ... Wenn die Religion finanziell unterstützt wird, erhält sie diese Unterstützung aus den Profitten der Kapitalisten, nicht aus den Löhnen der Arbeiter. Daher besteht die Kirche nach dem Urteil des klugen und besonnenen Arbeiters nur dort den Gaben der Kapitalisten, die diesen die Fülle der Argen möglich gemacht hat. Auch das Einkommen aus eigenem Kirchenbesitz stammt nur aus dem Raube der Vergangenheit. Darum drängt die Selbstachtung die denkenden Arbeiter, dies organisierte Christentum zu verschmähen wie eine Wohlthatigkeit, die Anstand und Selbstgefühl bei bezachten läßt. Der Arbeiter denkt: Der Kapitalist begibt den Arbeiter, also ist er kein Herr. Denkt der Kapitalist nicht ebenfalls? Was soll nun die Kirche tun? Sie soll die Wahrheit annehmen; die die Arbeiterdemokratie entbehrt hat: daß die Arbeit, nicht das Kapital die Grundlage der Produktion ist. Ich fordere, daß die Kirche sich gegen das kapitalistische System wendet, das unvermeidlich die Ausbeutung der Männer, Frauen, ja selbst der kleinen Kinder bedeutet.“

Trotz der trefflichen Schilderung des Klassencharakters der Kirche wird Bischof Spalding in den Wind sprechen. Kapitalismus und Kirche stehen heute so zueinander, daß man sich wohl einen Kapitalismus ohne Kirche, aber keilweise nicht die Kirche ohne den Kapitalismus denken kann.

### Oberbergamtsbezirk Bonn.

### Arbeiterentlassungen im Erzbergbau.

Im Lahnrevier macht sich die Krise dadurch bemerkbar, daß die Firma L. H. H. eine erhebliche Anzahl von Arbeitern entläßt. So wurden auf Grube Schottenbach circa 80 Mann entlassen und am 18. Januar auf Grube Weinshranf 60 Mann gekündigt. Da die Lahngegend arm an Industrie ist, bleibt den Entlassenen nichts anderes übrig als abzuwandern.

### Oberbergamtsbezirk Breslau.

### Pfarrer Bitta aus Ludgerstal.

hat sich die Aufgabe gestellt, unseren Verband auf jede Weise zu bekämpfen. Anlaß von der Kanzel die christliche Lehre von der Menschen- und Nächstenliebe zu predigen, beschimpft er den Verband in einer Weise, wie es für einen katholischen Pfarrer nicht schön ist. Um unseren Verband eher ins Grab zu bringen, hat er die „Katholische Aktion“, ein in mächtiger Sprache gedrucktes Organ, verteilten lassen. Die zur Verbreitung gelangten Hefen (Nr. 50 bis 52) enthielten die Lüge von der Unterschlagung des „sozialdemokratischen“ Kassierers Reichhardt in Solingen. Und wie es dieser „Sozialdemokrat“ gemacht habe, machten es auch die anderen, bezuziert der Herr Pfarrer nun weiter. Dabei weiß Pfarrer Bitta ebenso gut wie wir, daß Reichhardt kein Sozialdemokrat, sondern ein wahrer Patriot war. Aber selbst wenn er ein Sozialdemokrat gewesen wäre, anstatt ein entschiedener Gegner, was würde seine Tat darin gegen unseren Verband bedeuten? Herr Pfarrer Bitta wird doch jedenfalls nicht zugestehen, daß weiß, einzelne Geistliche sich schwere Verfehlungen zuschulden kommen lassen, deshalb alle Geistlichen, also der ganze Stand, Verdreher sind? Wir erinnern an Pfarrer Keman in Jaberz, der wegen Ekklesiastikverbrechen, begangen an Schulmädchen, zu drei Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Weiter erinnern wir ihn an den katholischen Geistlichen Reinkowski aus Deutsch-Pietar, welcher 1900 Mark Kirchengelder unterschlagen hat. Herr Pfarrer Bitta hat sicherlich auch die Ekklesiastiker Maxod-Frauenliebeshesgeschichten, die mit einem fürchtbaren Maß erbeten, wohl nicht vergessen. Wir wollen für heute darauf verzichten, das Gebächnis des Herrn Pfarrers auf diesem Gebiete weiter aufzuführen, erwarten aber, daß er uns in Ruhe läßt, zum mindesten, daß er uns nicht anständig und maßlosgemäß belästigt.

Südbayern. Vergleich.

In Sachen Franz Straffer, Bezirksleiter in Gausham, gegen Franz Wech, Zugsführer in Gausham, wegen Verleumdung, wurde in der öffentlichen Sitzung des Königl. Amtsgerichts in Wiesbach vom 11. Dezember 1913 folgender Vergleich abgeschlossen:
1. Da in der Erregung der gegenseitigen Anschuldigungen gebrauchten Verleumdungen werden allseits zurückgenommen.

Weisse Salbe in Bayern.

Am 12. November 1908 fanden auf Besche Rabob 848 Bergarbeiter den Tod, wodurch die Regierungen gezwungen wurden, eine Verbesserung der Grubenkontrolle einzuführen, wogegen die Grubenbesitzer am 6. Januar 1909 im „Palast-Hotel“ zu Berlin Stellungnahmen. Der gewaltige Saarbrücken, Geheimrat Hilger, Generaldirektor der Königs- und Laurahütte (Obereschleien) bekannte sich als Vater der Arbeiterkontrolle auf den königlichen Gruben im Saar-Gebiet. Er sagte: „Wenn man nun nach den Erfahrungen fragt, kann man sagen, daß die Arbeiterkontrolle genau das gehalten haben, was wir uns von ihnen verprochen: Es sollte die ganze Sache mit einem Willen nach weisse Salbe sein und ist auch weisse Salbe geblieben.“

Aus dem Lager der päpstlich Gebuldeten. Sag' „Christen“ Spiegel an der Wand, wer hat den schönsten „Christen“-Kopf im ganzen Land?

Im Kölner „Christen“-Prozess zog Generalsekretär Steger wahr jeden Augenblick seinen Generalspiegel aus der Tasche und betrachtete seinen „markttesten Christen“-Kopf, freilich sein „christlich-nationaler“-Schmerzdrüsen-Produkt, fuhr sich mit der Hand über seinen „markttesten Denker“-Kopf, von dem ihm die „Integralen“ längst alle Haare ausgegärt haben und steckte dann seinen Generalspiegel wieder in die „christlich-nationalen“-Generalassise, um ihn nach etwa 5 bis 10 Minuten erneut herauszuholen. Dieses Verfahren fiel allgemein auf, so daß man sich darüber stritt, ob es pfauenhafte Eitelkeit sei oder die Bestimmtheit eines — Professors oder gar krankhafte Nervosität. Wie erlauben und darüber kein bestimmtes Urteil, findet man ja mehrfach, daß bei so ausgesucht schönen Männern, wie Stegerwald einer ist, der Spiegel ein unentbehrlicher Gegenstand wird, und warum sollte man Stegerwald vermehren, sein wirklich schönes Ebenbild Gottes möglichst oftmals zu bewundern? — Die Schöpfung bringt nur selten Meisterwerke von so vollendeter Schönheit, Ebnenheit und Kraft hervor, darum auch der Stolz und das Bewußtsein der solchen Schönheit. Diana würde Mädon niemals in einen Hirt verwandelt haben, wäre Mädon ein — „christlich-nationaler“ Generalsekretär gewesen, und wir sind überzeugt, wenn Diana heute im Rhein baden und dabei von Stegerwald beobachtet würde, sie würde ihn nicht unter die Kirsche verbergen, sondern eher noch in die Radegele nehmen, den schönen Adam mit seinem Generalspiegel! Aber Adam spiegelt sich nicht allein, sondern das ist auch ein „christlich-nationaler“ Generalsekretär, der dem Essener Schöffengericht stand am 28. Januar ein „christlich-nationaler“ Untergeneralsekretär, angeklagt der Verleumdung eines „christlich-nationalen“ Obergeneralsekretärs, wogegen erkläre, daß der Obergeneralsekretär Koch an seinen Beirat-vorstellenden Wiedberg einen Brief geschrieben, der die Kündigung des Untergeneralsekretärs Gudez zur Folge hätte. In diesem Brief beachtete Koch den Gudez als von Verdachtsmomenten. Gudez sagte sich nichts sagen, halte sich für gleichberechtigt, wolle überall mit sein, sei dabei ganz unerschrocken. Morgens komme er spät, rauche eine Zigarre nach der andern, lächle sich die Fingerringe, begude die gern im Spiegel, trage gelbe Schuhe, ziehe seine gelbene Uhr, andere Tage die seiner Frau, nächsten Tage eine silberne usw. Solle Gudez einmal einen Brief schreiben, dann mache er erst zwei, drei Entwürfe; bei der Reinschrift werfe er das Papier weg um, und so brauche er für einen Brief zwei Stunden...

Wie die „Integralen“ den „Christen“ ihre „Merkmale“ über den Haufen werfen.

Wo Adam Stegerwald sich mal hinter einer Ecke niederhockt, kann man sicher sein, daß er einen „Merkmale“ für die „christlich-nationalen“ Arbeiterbewegung erdichtet, und wo er seinen Generalspiegel aufstut, sitzen immer neue „Merkmale“ heraus, aber gleich hinterher kommen die Integralen Korinthen und Koppiten und verschärfen oder verschmücken die schönen „Merkmale“ wieder und Adam gähnt wie das arme Huhn, dem das Ei geraubt wurde, ehe es richtig im Nest lag. Stegerwald pries den Essener und den Berliner „Christen“-Kongress als „Merkmale“, während der Essener-Kongress gleich einen Merkmalstab von ungeheurer Größe lieferte, den Stegerwald auf die „Integralen“ wälzen und sie damit erdrücken wollte. Aber während der M.-Stabmacher Generalsekretär seinen Merkmalstab den interprofessionellen Bekanntheitsbüchern hinaufwürgte, werten die „Integralen“ Korinthen und Koppiten im alle Merkmale in den Rhein und der Merkmalstab rollt ihm wieder den Berg hinunter, nach ehe er ihn bis zur Hälfte hinaufgewürgt hätte. Die „Integralen“ Wahrheit und Klarheit und ebenfalls der katholische „Arbeiter“ richten an den Kölner Erzbischof folgende bittende Fragen:

„Befehle die Enzyklika „Singulari quadam“ noch zu Recht und in Kraft? Dann stehen die Worte des Herrn Erzbischofs, trotz allen Danksverleugern, mit ihrem klaren Wortlaut im vollen Widerspruch. Oder ist — was die „Bayerische Volkszeitung“ voraussetzen scheint — die Enzyklika aufgehoben und außer Kraft gesetzt? Dann müssen wir an sie die bestimmte Frage stellen: Wann und durch wen ist die Aufhebung der Enzyklika „Singulari quadam“ verfügt worden? Hieran erwarten wir eine bestimmte Antwort, ohne Einleitung in das übliche Geschimpfe. Danach werden wir unser Urteil über die ganze Angelegenheit aussprechen.“

„Eine bestimmte Antwort“ wünschen die Koppiten von den Barchemiten! O die ahnungslosen „Integralen“! Eine bestimmte Antwort wollten auch wir haben und mehr als hundertmal hat unser Verteidiger W. Heine in dem Enzyklika-Prozess an Herrn Dr. Kreuzwald das Ansuchen gestellt, doch eine bestimmte Antwort auf die in mir e Fragen zu geben. Umsonst! Herr Kreuzwald wandte sich wie ein Wurm und draußen raunte ein anderer Kontrahent Trimborn in die Ohren: „Geisse Fragen!“ Jawohl, heisse Fragen waren es, ob die Enzyklika so ausgelegt und befolgt werden muß, wie sie bei Papst geschrieben hat, und auf diese „heisse Fragen“ haben wir keine Antwort erhalten und Herr Oppersdorff wird ebenfalls keine bekommen.

Die in Koblenz erscheinende katholische „Stände-Ordnung“ schreibt in ihrer jüngsten Nummer, daß sie die Stegerwaldsche Äußerung über die „authentische Interpretation“ auf dem Essener Kongress für einen frechen Schwindel gehalten habe. Wirkliche Katholiken, denen ihre Religion mehr als ein Geschäft ist, konnten auch an eine „authentische Interpretation“ nicht glauben, weil päpstliche Erlasse gar nicht interpretiert werden können. Kann ein Bischof den Papst „interpretieren“, warum sollte dann der Kaplan den Bischof, der Küster den Kaplan und der Wegweiser den Küster nicht auch „interpretieren“ dürfen? Dann „interpretiert“ eben jeder nach Gutdünken, nur Stegerwald allein kann und darf nicht — interpretiert werden! Die katholische Ständeordnung hat dann von Tag zu Tag auf ein energisches Dementi seitens des Episkopats gewartet. Jetzt müsse unbedingt Rom sprechen:

„Es ist nämlich klar, daß die Interpretation, welche Stegerwald in Essen verkündete, nicht von diesem frei erdichtet war, sondern mit dem Bischof von Baderborn unter, wenn auch entfernter, Mithilfe des Herrn Kardinals Kopp, verendert — nicht so sehr eindeutig, als vielmehr nach zeugeneidlicher Aussage „abgetrotzt“ wurde. Es ist ferner wahr, daß die christlichen Gewerkschaften nach wie vor es ablehnen, dem Papste und dem Episkopate Zugeständnisse

zu machen und sich den Befehlen der Enzyklika „Singulari quadam“ zu unterwerfen. Diese klare Stellungnahme der christlichen Gewerkschaften macht nunmehr die klare Stellungnahme Roms und des Episkopats zur unumgänglichen Notwendigkeit.“ So werfen die „Integralen“ alle „christlich-nationalen“ Merkmale über den Haufen, und schon sind die Verhältnisse wieder verborener als vor dem Prozeß. Armer Generalsekretär, der du glaubst, die Integralen unter dem Merkmalstab zu erdrücken, bald werden sie dich drunter haben.

Briefkasten.

Höflichkeit. Daß sie weiter klingen. — E. Dingelstedt. Solche Briefe überfende besser dem Bezirksleiter. — Alles Mitglied in Meuselwitz. Wenn Du berartige Anschuldigungen erhebt, dann nimm Du auch den Mut haben und Deinen Namen nennen. Anonyme Schreiben wandern in der Regel in den Papierkorb. Der Vorstand.

Verbandsnachrichten.

Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die Woche vom 1. bis 7. Februar 1914 fällig. Wir bitten unsere Mitglieder, für pünktliche Zahlung der Beiträge besorgt zu sein.

Bei dem Verlangen um Ausstellung von Duplikaten muß angegeben werden, wie weit und welche Beiträge (ob zu 50, 40, 30 Pf., auch Streifenmarken) im alten Buch gefehlt waren. Auch muß angegeben werden, wie viel und welche Unterfertigungen das Mitglied bezogen hat. Außerdem ist es notwendig, daß der zuständige Bezirksleiter die Sache untersucht und die Richtigkeit der Angaben durch seine Unterschrift bestätigt. Bei jeder Bestellung müssen 20 Pf. in Briefmarken mit eingesandt werden. Die Bücherzeit ist angefallen, wenn vorstehendes nicht ausgeführt ist, kein Duplikat mehr auszustellen, weshalb wir ersuchen, dieses zu beachten.

Der frühere Bergmann, jetzige Reisende Karl Zelle aus Weichenfels, schildert uns wegen unserer Notiz in voriger Nummer unserer Zeitung eine Verächtigung. Dort behauptet er, es sei nicht wahr, daß er nach der Maßregelung im Jahre 1911 wieder Arbeit gehabt habe. Demgegenüber stellen wir fest, daß ihm Essener Vertrauensleute Arbeit verschaffen wollten, Zelle das aber abgelehnt hat. Jedenfalls hat Z. sich als Reisender besser gehalten, was wir ihm herzlich gönnen. Aber wir können nicht ruhig zusehen, wenn Z. eine Verächtigung über seine Maßregelung vom Jahre 1911, jetzt, nach fast drei Jahren, noch benutzt, um bessere Geschäfte zu machen. Das hat er tatsächlich getan und ist es ungehörig. Wir haben diese Verächtigung auch eingezogen. Auf diese hat sich Weichenfelts vorige Woche gar nicht mehr bestimmen können. Weiter behauptet Zelle in seiner Verächtigung, daß er kein Empfehlungsschreiben des Bezirksleiters Schmidt-Essen vorgelegt habe, da ihm selbiger kein solches ausgestellt habe. Letzteres ist richtig. Aber mehrere Vertrauensleute des Essener Bezirks behaupten ausdrücklich, daß ihnen Zelle ein Schreiben mit Schmidts Unterschrift gezeigt habe. Schließlich behauptet Zelle in seiner Verächtigung noch, daß er die Unterfertigungen nicht gefälscht habe. In Bezug auf Weichenfels' Unterschrift ist das richtig. Wegen Schmidts Unterschrift ist die Sache noch nicht erledigt, weil Schmidt keine Angaben hat, Zelle aber mit einer solchen Geschäfte zu machen versucht hat. Auch von Vertrauensleuten in Essen hat sich Zelle kürzlich wieder Unterfertigungen geben lassen, ebenfalls vom Vertrauensmann Schmidt-Weichenfels. Letzterer mußte Zelle bescheinigen, daß Zelle fälschlich sein Verbandsbuch verloren habe. Damit nicht zufrieden, hat Schmidt-Weichenfels ihm auch noch auf dem Bettel bemerken müssen, daß Z. beim Reich-Weichenfelser Streik gemargelt war und nun als Geschäftsführer der Firma Weichenfelts-Dortmund tätig ist und daß er dabei sein Buch verloren habe. Ein Duplikat ist ausgestellt. Wenn das alte Buch Zelles, Hauptnummer 81744, angetroffen wird, ist das einzubehalten. Es ist hiermit als gesperrt erklärt. — Es ist gewiß ratsam, daß wir gemargelten Kameraden vorfassen. Aber wir ersuchen alle Vertrauensleute des Verbandes, keine solche Geschäftsempfehlungen auszustellen, weil damit nicht nur jahrelang gekämpft wird, sondern auch bei Befragung schlechter Ware der Verband verantwortlich gemacht wird. Wir raten nochmals dringend zur Vorsicht, damit der Verband und seine Mitglieder keinen Schaden erleiden. Der Vorstand.

Bücherrevisionen.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisoren unnötige Wege erspart bleiben:

- Braunauer I. Im Februar.
Dümpten II. Ende Februar.
Stokum. Ende Februar.

Krankenunterstützungs-Auszahlung.

Unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches und des Krankenscheines kann in folgenden Zahlstellen das Krankengeld erhoben werden:

- Caenen II. Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat in der Wohnung des Kameraden Johann Becker, Berglamm, Hansemannstraße 26.

Kranzpendenmarken.

In folgenden Zahlstellen werden Kranzpendenmarken à 10 Pf. gefleht: Nieder-Sprochhövel. Im Monat Februar.

Taschentalender sind noch vorrätig

Zur gefl. Beachtung!
Da vielfach Druckaufträge eingehen, aus denen nicht hervorgeht, wie, wo und wann die betreffenden Veranstaltungen (Versammlungen, Festlichkeiten usw.) stattfinden, ersuchen wir, bei allen Aufträgen genau den Ort, das Lokal und die Zeit anzugeben. Die Geschäftsleitung.

Belegschafts-Versammlungen
Sonntag, den 8. Februar 1914:
Besche Reumühl, Schacht I, II, III u. IV. Sonntags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Zahn in Wessinghausen. — 1. Die wirtschaftliche Krise und ihre Folgen. 2. Wünsche auf der Besche Reumühl. — Referent: Kamerad Johann Seimpeck, Bochum.
Es ist Pflicht aller Kameraden, diese Versammlungen zu besuchen.

Zahlstellen-Feste
Suderswich u. Heinrichsburg. Sonntag, den 22. Februar, des Herrn Robbers in Suderswich, am Kanal. Gemeinshaftliches Festschmaus. Eintritt 30 Pf.

Prima Wäsche-Waren
Zettungsblätter 25-37-11 cm. Qual. I 2,25 Pf., Qual. II 1,25 Pf.
Korrespondenzblätter mit 1 Kupon 0,30 Pf., mit 2 Kupon 0,32 Pf.
Zettungsblätter 0,25 Pf. Briefblätter mit Schloß 0,75 Pf.
Affenblätter 15-25 cm mit 2 Kupon 1,25 Pf., 20-30 cm mit 2 K. hier 1,50 Pf.
25-40 cm mit 2 Kupon 1,75 Pf., 25-40 cm mit Schloß 2,50 Pf.
Affenblätter 24-32 cm mit 2 Kupon Qualität I 2,40 Pf. (als Belegblätter für Schulbücher zu gebrauchen)
Sapfenblätter 11-13 cm 0,45 Pf., 11-13 cm 0,70 Pf.
Affenblätter 25-40 cm mit 2 Kupon 6,50 Pf.
Bitte beachten Sie ab Bochum — Aufträge durch die Ortsverwaltungen.
Verden — Andere Bestellungen nur gegen Nachnahme.
H. Hansmann & Co. Bochum, Biemelhauser Str. 42

Die Bergarbeiter
Historische Darstellung der Bergarbeiter-Verhältnisse von der neuesten bis in die älteste Zeit
von Otto Fue
2 Bände umfassend 1215 Druckseiten. Preis für Verbandsmitglieder nur 8,00 Mk.
Der erste Band umfaßt 455 Seiten, sein Inhalt ist folgender:
Darstellung des Bergbaues und der veränderten Hüttenindustrie im Altertum (Aegypten, Karthago, Griechenland, römisches Weltreich), das Stättenverzeichnis der damaligen Bergleute, ihre barbarische Drangsalterung durch einen humanitären Großkapitalismus, ihre vergrößerten Zustände usw. In der II. Abteilung des ersten Bandes gelangen die Bergbau- und Bergarbeiterverhältnisse im alten Germanien, jedoch die bergmännischen Zustände und sehr ausführlich die für unsere Zeit außerordentlich reicheren, aber auch die bergmännischen Verhältnisse der heutigen Bergbau- und Hüttenindustrie im Mittelalter zur Darstellung. Wichtig auf ein reiches Quellenmaterial werden die Loh- und Gehaltsverhältnisse, die Schichtzeiten, der Lebenslohn, die hausrechtlichen und kommunalen Vorrechte der Knappen, ebenfalls ihre uralten knappenähnlichen Organisationen und ihre tapferen Kämpfe gegen Arbeiterausbeutung geschildert.
Wer die gegenwärtigen Kämpfe und Forderungen der Bergarbeiter voll verstehen und begründen will, der muß die mittelalterlichen Bergbau- und Hüttenzustände kennen, denn hier liegt die Erklärung für die eigenartigen Erscheinungen der gegenwärtigen Bergarbeiterbewegung.
H. Hansmann & Co. in Bochum (Westf.), Biemelhauser Straße 42
Briefkäthe
2 mit 2 Druckseiten und 4 Kupon mit 2 Kupon — La. Qualität — Größe 12-19 cm — Preis 1,00 Pf.
H. Hansmann & Co. in Bochum
Zentrale zum Schutze der Mitgliederbücher
In der Geschäftsstelle der „Bergarbeiter-Zeitung“ zu haben.
Batenze, den 1. Februar 1914.
H. Hansmann & Co.

Den Zahlstellen empfehlen wir zur Anschaffung:
Bervielfältigungs-Apparate:
„Optimus“ und „Schapiograph“
mit allem Zubehör
Nr. 1 Postkartenformat... Druckfläche 10:15 cm 7,50 Mk.
Nr. 2 Quart- und Astenformat, Druckfläche 22:33 cm 10,00 Mk.
Nr. 2 am meisten gekauft
Erlasrollen-Negativpapier für Nr. 2 ziert 4,5 m lang und 22 cm breit 5,00 Mk.
Erlas-handwalzen für Nr. 2 2,50 Mk.
Auf Wunsch senden wir Probe mit Gebrauchsanleitung an die Funktionäre und Ortsverwaltungen des Verbandes.
H. Hansmann & Co. in Bochum, Biemelhauser Straße
Ansichts-Postkarten
von unserem Bergarbeiterheim empfehlen wir.
H. Hansmann & Co. in Bochum (We.) fff
Achtung! Ortsverwaltungen Achtung!
Insolte mehrfacher Nachfrage haben wir uns
Große Stempelfisten
(Stempelfläche 9:16 cm) zugelegt, die wir zum Preise von 75 Pf. pro Stück abgeben können. H. Hansmann & Co., Bochum